

Landschaftsverband Rheinland

Lagebericht
zum Jahresabschluss
für das Haushaltsjahr 2010



§ 95 Abs. 1 der Gemeindeordnung (GO NRW) in Verbindung mit § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO NRW) bestimmt, dass die Gemeinde zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen hat, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist. Der Jahresabschluss besteht aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz und dem Anhang. Ihm ist ein Lagebericht gemäß § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Der Lagebericht soll einen Überblick über die wichtigen Ergebnisse des Jahresabschlusses und Rechenschaft über die Haushaltswirtschaft im abgelaufenen Haushaltsjahr geben. Er ist so zu fassen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune vermittelt wird. Über Vorgänge von besonderer Bedeutung, auch solcher die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind, ist zu berichten. Außerdem hat der Lagebericht eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der kommunalen Aufgabenerfüllung entsprechende Analyse der Haushaltswirtschaft und der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune zu enthalten. Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Kommune einzugehen. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen sind anzugeben.

Der Lagebericht gliedert sich dementsprechend in drei Teile:

- Allgemeiner Teil
- Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage
- Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des Landschaftsverbandes Rheinland

A. Allgemeiner Teil

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 15.000 Beschäftigten (entspricht ca. 12.500 Vollzeitkräften) für die etwa 9,6 Millionen Menschen im Rheinland. Der LVR erfüllt rheinlandweit Aufgaben in der Behinderten- und Jugendhilfe, in der Psychiatrie und der Kultur. Er ist der größte Leistungsträger für Menschen mit Behinderungen in Deutschland, betreibt 41 Förderschulen, zehn Kliniken und drei Netze Heilpädagogischer Hilfen sowie elf Museen und vielfältige Kultureinrichtungen. Er engagiert sich für eine inklusive Gesellschaft in allen Lebensbereichen.

Der LVR lässt sich dabei von seinem Motto - Qualität für Menschen - leiten.

Die 13 kreisfreien Städte, 12 Kreise und die StädteRegion Aachen im Rheinland sind die Mitgliedskörperschaften. Sie tragen und finanzieren den LVR, dessen Arbeit von der Landschaftsversammlung Rheinland mit 128 Mitgliedern aus den rheinischen Kommunen gestaltet wird.

Die produktorientierte Darstellung erfolgt in 11 Produktbereichen und insgesamt 56 Produktgruppen.

In Produktsichten (vormals Produktdarstellungen) werden Ziele, Leistungsmengen und Kennzahlen für insgesamt 136 Produkte formuliert.

Produktbereich	Produktgruppe
01 Innere Verwaltung	014 Gebäude- und Liegenschaftsmanagement
	037 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 0 und 2
	038 Finanzmanagement
	042 Finanzbuchhaltung
	043 Politische Gremien
	044 Verwaltungsführung
	045 Gleichstellung von Frau und Mann
	046 Rechnungsprüfung
	047 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
	067 Arbeitssicherheit, Brandschutz, Betr. Gesundheitsschutz
	068 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 1
	070 Zentrale Dienste
	071 Personalmanagement
072 Recht	
02 Sicherheit und Ordnung	039 Statistik
03 Schulträgeraufgaben	015 LVR- Zentrum für Medien und Bildung
	054 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 4, Schulen
	055 Bereitstellung schulischer Einrichtungen
	056 Bereitstellung und Betrieb des Internates Euskirchen
	057 LVR- Berufskolleg – Fachschulen des Sozialwesens
04 Kultur und Wissenschaft	018 LVR- LandesMuseum Bonn und Max-Ernst-Museum Brühl des LVR
	021 LVR- Industriemuseum
	022 LVR- Archäologischer Park Xanten, LVR- RömerMuseum
	023 LVR- Freilichtmuseum Lindlar
	024 LVR- Freilichtmuseum Kommern
	025 Kulturförderung und -veranstaltungen
	026 LVR- Archivberatungs- und Fortbildungszentrum
	027 LVR- Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte
	028 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 9
	032 Kulturlandschaftspflege
	033 LVR- Kulturhaus, Landsynagoge Rödingen, Jüdisches Leben im Rheinland
05 Soziale Leistungen	016 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 7
	017 Leistungen für Menschen mit Behinderungen; Pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten
	034 Leistungen des LVR zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen
	035 Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsoffer und ihnen gleichgestellte Personen
	040 Vergütungsregelungen und betriebsnotwendige Investitionsregelungen für stationäre Einrichtungen
	041 Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben für Schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen
	058 LVR- Netzwerk Heilpädagogischer Hilfen
	074 Leistungen zur vorschulischen Bildung
	075 Soziales Entschädigungsrecht
06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe	049 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dez. 4, Jugend
	050 Erzieherische Hilfen
	051 Hilfen für Kinder und Familien
	052 Jugendförderung und übergreifende Aufgaben

Produktbereich	Produktgruppe
07 Gesundheitsdienste und Altenpflege	059 Dezentraler Service- und Steuerungsdienst Dezernat 8
	060 LVR- Kliniken und Servicebetriebe
	061 Maßregelvollzug
	062 Psychiatrische Versorgung im Rheinland
	063 Landesbetreuungsamt
	064 Fort- und Weiterbildung durch die LVR- Akademie für seelische Gesundheit
	065 Durchführung des Altenpflegegesetzes
10 Bauen und Wohnen	029 LVR- Amt für Denkmalpflege im Rheinland
	031 LVR- Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland
14 Umweltschutz	036 Umweltschutz
15 Wirtschaft und Tourismus	073 Beteiligungen
16 Allgemeine Finanzwirtschaft	048 Allgemeine Finanzwirtschaft

B. Geschäftsverlauf und wirtschaftliche Lage

1 Geschäftsverlauf

Das Haushaltsjahr 2010 schließt mit einem Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung in Höhe von **26.708.536,52 €** ab.

Das Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit weist einen Fehlbetrag in Höhe von 24,7 Mio. € aus und das Finanzergebnis einen Überschuss in Höhe von 6,4 Mio. €. Somit ergibt sich für das **ordentliche Ergebnis in 2010 ein Fehlbetrag in Höhe von 18,3 Mio. €**.

Daneben waren außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 8,4 Mio. € zu berücksichtigen, die ausschließlich der Restrukturierung der WestLB AG geschuldet sind. Die in Rede stehenden Umsetzungsszenarien für eine Restrukturierung der WestLB AG sind für diese mit erheblichen Risiken verbunden und machen damit unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips eine Wertberichtigung des Buchwerts beim LVR erforderlich. Diese bezieht sich neben dem direkt gehaltenen Aktienanteil auch auf die dem LVR im Rahmen der Ausübung der Direktbeteiligungsoption von der NRW.BANK zugehenden Aktien.

Gem. § 75 Abs. 2 GO NRW ist der Haushaltsausgleich erreicht, wenn ein Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann – so genannter „fiktiver Haushaltsausgleich“.

In kommunalen Jahresabschlüssen ist zunächst der entstandene Jahresüberschuss/-fehlbetrag darzustellen. Über dessen Verwendung bzw. Behandlung entscheiden die zuständigen politischen Gremien bis spätestens zum 31.12. des Folgejahres (§ 96 Abs. 1 GO NRW). Die Umsetzung der buchtechnischen Verwendung bzw. Behandlung (Zuführung zu bzw. Entnahme aus den Rücklagen) erfolgt dann im Rahmen der Abschlussarbeiten des folgenden Haushaltsjahres.

Der in 2010 entstandene Jahresfehlbetrag wird aufgrund der Vorgaben des § 75 Abs. 2 GO NRW durch die **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage in Höhe von 26.708.536,52 €** gedeckt.

Der Landschaftsversammlung Rheinland wird ein entsprechender Beschlussvorschlag unterbreitet.

2 Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

2.1 Besonderheiten der Ergebnisrechnung nach Ertrags- und Aufwandsarten

2.1.1 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Die Zuwendungen und allgemeine Umlagen stellen mit rund 2.356 Mio. € die wichtigsten Ertragsarten des LVR dar. Die Allgemeine Umlagenquote (Landschaftsumlage im Verhältnis zu den ordentlichen Erträgen) hat sich mit 69,6 % gegenüber dem Vorjahr verschlechtert (2009: 71,1 %).

Bei dieser Position handelt es sich im Wesentlichen um die Landschaftsumlage (2.023 Mio. €) sowie die Schlüsselzuweisungen (286 Mio. €).

Darüber hinaus sind Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (20 Mio. €) und 3 Mio. € periodenfremd, sowie Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (23 Mio. €) enthalten.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten setzen sich u. a. wie folgt zusammen:

- vom Bund, 167.211 €
- vom Land, 22.987.286 €
- von Gemeinden/Gemeindeverbänden, 73.281 €
- von privaten Unternehmen, 21.339 €
- von übrigen Bereichen, 5.624 €

In den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten vom Land enthalten ist die Investitionspauschale Eingliederungshilfe (19,8 Mio. €), die nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) gewährt wird.

Der Plan – Ist – Vergleich stellt sich wie folgt dar:

Konten- gruppe/ Kontenart	Bezeichnung	Plan 2010 Betrag in €	Ergebnis 2010 Betrag in €	Differenz Betrag in €
411	Schlüsselzuweisungen (PG 048)	272.132.632	285.522.558	13.389.926
414	Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke	18.944.016	20.218.801	1.274.785
416	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten (PG 014, 017, 070)	21.510.733	23.256.335	1.745.602
417	Allgemeine Umlagen (Landschaftsumlage PG 048)	2.023.244.568	2.023.244.568	0
419	Periodenfremde Erträge der Kontengruppe 41	0	3.388.166	3.388.166
41	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	2.335.831.949	2.355.630.428	19.798.479

2.1.2 Sonstige Transfererträge

Die Position „Sonstige Transfererträge“ beinhaltet den Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen sowie Schuldendiensthilfen.

Die sonstigen Transfererträge betragen insgesamt 262,3 Mio. €.

Die Erträge wurden in folgenden Bereichen erzielt:

Ergebnis nach Produktgruppen		Ergebnis 2010 in €	Anteil %
PG 017	Leistungen für Menschen mit Behinderungen, pflegebedürftige Menschen und Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten	171.564.754	65,40%
PG 035	Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsoffer und ihnen gleichgestellte Personen	25.880.708	9,87%
PG 041	Leistungen der Ausgleichsabgabe	63.735.129	24,30%
PG 052	Jugendförderung	990.008	0,38%
übrige Produktgruppen		142.501	0,05%
Summe der sonstigen Transfererträge		262.313.100	100,00%

Es handelt sich insbesondere um

- übergeleitete Renten/Versorgungsansprüche
- Leistungen der Pflegeversicherung
- Wohngeld
- Kostenbeiträge
- Ansprüche Unterhaltspflichtiger
- Kindergeld sowie die
- Ausgleichsabgabe.

Gegenüber dem Haushaltsplan 2010 ergaben sich Mehrerträge in Höhe von 10,8 Mio. € (Plan 2010: 251,5 Mio. €). Die Abweichungen resultieren aus Mehrerträgen in der Produktgruppe 017 „Leistungen für Menschen mit Behinderungen“ in Höhe von rund 19 Mio. € und Mindererträgen aus der Produktgruppe 041 „Ausgleichsabgabe“ in Höhe von rund 9,8 Mio. €.

2.1.3 Privatrechtliche Leistungsentgelte

Die privatrechtlichen Leistungsentgelte belaufen sich im Haushaltsjahr 2010 auf insgesamt 34,4 Mio. €.

Sie umfassen insbesondere Miet- und Pächterträge, Erträge aus Verkauf, Erträge aus Eintrittsgeldern sowie Erträge aus Dienstleistungen für Dritte (bspw. für Baumaßnahmen in den LVR-Kliniken).

Die erwirtschafteten Erträge fielen rd. 1 Mio. € geringer aus als geplant (Plan 2010: 35,4 Mio. €). Dies ist insbesondere auf geringere Erträge aus technischen Dienstleistungen des Gebäude- und Liegenschaftsmanagements zurückzuführen, die jedoch überwiegend mit entsprechenden Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen korrespondieren. Es handelt sich hierbei um Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen für eigenbetriebsähnliche Einrichtungen des Sondervermögens.

2.1.4 Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen umfassen Erstattungsleistungen Dritter, insbesondere

- des Landes für den Maßregelvollzug (110,7 Mio. €)
- des Bundes für die Kriegspferfürsorge (52,0 Mio. €)
- Personalausstattungsleistungen der Rheinischen Versorgungskassen für die Personalausstattung (19,0 Mio. €)
- von Gemeinden (12,2 Mio. €).

Die Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen betragen im Haushaltsjahr 2010 insgesamt 236,6 Mio. € und übersteigen den Planwert um 8 Mio. € (Plan 2010: 228,6 Mio. €)

2.1.5 Sonstige ordentliche Erträge

Die sonstigen ordentlichen Erträge betragen im Haushaltsjahr 2010 insg. 16,0 Mio. €. Sie liegen um 11,6 Mio. € höher als geplant (Plan 2010: 4,4 Mio. €).

Es handelt sich insbesondere um

- Erträge aus der Auflösung/Wertberichtigung von Forderungen (8,3 Mio. €)
- Erträge aufgrund der Bildung von Forderungen aus Erstattungsansprüchen im Zusammenhang mit Pensions- und Beihilfeverpflichtungen (1,9 Mio. €)
- Erträge aus der Abnahme des Job-Tickets (1,3 Mio. €)
- Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken und Gebäuden (0,6 Mio. €)

Außer dem Ertrag aus der Abnahme des Job-Tickets waren die genannten sonstigen ordentlichen Erträge ungeplant und begründen so die Mehrerträge.

2.1.6 Aktivierte Eigenleistungen

Die Erträge aus aktivierten Eigenleistungen stellen Gegenpositionen zu den Aufwendungen dar, die zur Herstellung eines Vermögensgegenstandes benötigt werden, welcher zur Nutzung für eigene Zwecke bestimmt ist. Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Herstellungskosten im Sinne des § 33 Abs. 3 GemHVO. Diese werden aktiviert und über den Zeitraum ihrer Nutzung abgeschrieben. Im Fachbereich Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (1,85 Mio. €) und in mehreren Dienststellen des Kulturdezernates (0,529 Mio. €) wurden diese Erträge im Wege einer differenzierten Kosten- und

Leistungsrechnung in Höhe von rund 2,4 Mio. € für das Haushaltsjahr 2010 abgerechnet. Das Ergebnis entspricht somit in etwa der Planung in Höhe 2,3 Mio. €.

2.1.7 Personalaufwendungen

Die Personalaufwendungen belaufen sich insgesamt auf 182,8 Mio. €.

Darin enthalten sind zahlungsunwirksame Aufwendungen für

- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte, 8,2 Mio. €
- Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit, 5,3 Mio. €
- Zuführungen zu Beihilferückstellungen, 1,9 Mio. €.

Die Personalintensität (Anteil des Personalaufwandes an den ordentlichen Aufwendungen) betrug 6,2 % (2009: 5,85 %).

Im Jahr 2010 lag der Personalaufwand fast 13 Mio. € über der Planung. Im Wesentlichen lag die Abweichung bei den Zuführungen zu den Pensions- und Beihilferückstellungen sowie den Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub und Überstunden. Die Höhe der Rückstellungen ist stark von der Entwicklung des Personenbestandes (Sterbefälle/ Neueinstellungen/ Zuruhesetzungen) und von der Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich abhängig, die sich zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nur schwer einschätzen lässt.

Des Weiteren war die Abweichung dem Umstand geschuldet, dass bei der Planung der voraussichtliche Rückstellungsbetrag durch eine Verteilung gleichmäßig bei den Produktgruppen unabhängig vom Alter der dort tätigen Personen berücksichtigt wurde. Der gewählte Modus diente neben der Anonymisierung der Aufwendungen in Produktgruppen, in denen nur ein geringer Anteil der Beschäftigten verbeamtet ist, der Arbeitserleichterung des Planprozesses.

Bei den Ist-Buchungen sind den Festlegungen zur Vollkostenrechnung des LVR entsprechend jedoch die tatsächlichen Aufwendungen für Personal zu berücksichtigen. Zudem enthalten die Ist-Werte gegenüber der Planung auch die Aktualisierungen der erforderlichen Rückstellung, die sich aus versicherungsmathematischen Berechnungen ergeben. Insgesamt lagen die Rückstellungen 14,4 Mio. € über der Planung, wobei im Ergebnis durch Verbesserungen bei anderen Leistungen innerhalb des Personalaufwandes saldiert ein Mehraufwand von 12,9 Mio. € gegeben ist.

Sofern die Abweichungen beim Personalaufwand in den Teilergebnisrechnungen der einzelnen Produktgruppen im Bereich der Rückstellungen begründet lagen, erfolgen diesbezüglich im folgenden Bericht über die wesentlichen Abweichungen in den einzelnen Produktgruppen (Punkt 1.2.) keine weiteren Erläuterungen.

Die Übersicht der Abweichungen nach Kontengruppen stellt sich wie folgt dar:

Konten- gruppe/ Kontenart	Bezeichnung	Plan 2010 Betrag in €	Ergebnis 2010 Betrag in €	Differenz Betrag in €
501	Dienstaufwendungen und dgl.	141.284.001	137.882.709	-3.401.292
502	Beiträge zu Versorgungskassen	6.188.525	7.193.350	1.004.825
503	Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung	18.401.720	18.467.985	66.265
504	Beihilfen und Unterstützungsleistungen	2.895.000	3.522.475	627.475
505	Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	-7.182	8.155.983	8.163.165
506	Zuführung zu Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit	470.990	5.306.979	4.835.989
507	Zuführung zu Beihilferückstellungen, nicht genommenen Urlaub, Überstunden u. ä.	336.835	1.879.977	1.543.142
509	Pauschalierte Lohnsteuer	331.784	379.458	47.674
50	Personalaufwendungen	169.901.673	182.788.916	12.887.243

Kontengruppe 501 – Dienstaufwendungen und dgl.

Bei der Produktgruppe 071 im Bereich Zentrales Budget ist u. a. Minderaufwand in Höhe von rd. 1,3 Mio. € entstanden durch weniger Personal, das aus Beurlaubung und Abwesenheit zurückgekehrt ist und weniger Nachwuchskräfte.

Weiterer Minderaufwand in Höhe von jeweils 0,7 Mio. € ist bei den Produktgruppen 017, 055, 070, 071 entstanden. Die Abweichungen resultieren wesentlich aus geplanten Personalmaßnahmen, die später oder nicht umgesetzt wurden.

504 – Beihilfen und Unterstützungsleistungen

Im Bereich Beihilfe ist ein Mehraufwand in Höhe von ca. 0,6 Mio. € entstanden. Die Entwicklung ist schwer absehbar und deshalb die Ansätze schwierig zu planen.

505 – Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte

Die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen lagen den obigen Ausführungen entsprechend rd. 8,2 Mio. € über der Planung.

506 – Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Altersteilzeit, sonstige Rückstellungen für Personal

Bei der Produktgruppe 071 im Bereich Zentrales Budget ist Mehraufwand in Höhe von ca. 4,8 Mio. € entstanden durch die Buchung der Zuführung zu den Rückstellungen für Altersteilzeit.

507 – Zuführungen zu Beihilferückstellungen, nicht genommenen Urlaub, Überstunden u. ä.

Auch im Bereich der Beihilferückstellungen entstand aufgrund der angeführten Besonderheiten ein Mehraufwand in Höhe von rd. 1,5 Mio. €.

Als Risiko ist die Entwicklung der Tarif- und Besoldungserhöhungen zu sehen. Sie sind grundsätzlich zu erwirtschaften.

2.1.8 Versorgungsaufwendungen

Die Versorgung wird zentral in der Produktgruppe 071 – Personalmanagement- veranschlagt.

Der Versorgungsaufwand betrug im Berichtsjahr 24,9 Mio. €. Darin berücksichtigt ist die Zuführung von Pensions- und Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger in Höhe von -5,5 Mio. €. Die Buchung eines negativen Aufwandes ist für diesen Geschäftsprozess zulässig, da in der Planung und der Bewirtschaftung die saldierte Veränderung der Rückstellung berücksichtigt wird. Diese setzt sich aus Erträgen aus der Auflösung und Aufwendungen aus der Zuführung zur Rückstellung zusammen. Durch diese Buchungsweise wird sichergestellt, dass in der Zeile des Ergebnisplanes der tatsächlich entstandene Aufwand periodengerecht ausgewiesen wird.

Die Summe der Versorgungsaufwendungen liegen rund 5,2 Mio. € unter der Planung. Die Verbesserung resultiert in Höhe von 6,9 Mio. € aus den Zuführungen zu Pensions- und Beihilferückstellung, geringeren Versorgungsleistungen an die Versorgungsempfänger direkt in Höhe von 0,3 Mio. €, saldiert mit fast 1,4 Mio. € höheren Beihilfeaufwendungen für Versorgungsempfänger.

2.1.9 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die wesentlichen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und deren Abweichungen gegenüber der Planung sind entstanden bei:

Bezeichnung	Ergebnis 2010 Betrag in €	Plan 2010 Betrag in €	Differenz Betrag in €
Erstattung der örtlichen Sozialhilfe (summarische Abrechnung)	140.829.331	133.625.000	7.204.331
Kostenerstattung nach SGB V (Krankenhilfe)	6.341.135	23.500.000	-17.158.865
Aufwand zur Bildung von Rückstellungen für Kostenerstattungen	1.974.000	0	1.974.000
Schülerbeförderung	20.118.799	19.275.846	842.953
Instandhaltung	14.382.949	14.252.800	130.149
sonstige technische Dienstleistung GLM	21.512.153	23.093.800	-1.581.647
Energie	9.265.240	9.481.826	-216.586
Bewirtschaftung der Grundstücke und Gebäude	6.742.667	6.691.443	51.224
Aufwendungen für IT-Leistungen	21.189.558	21.405.942	-216.384
sonstige Sach- und Dienstleistungen	37.957.930	37.165.367	792.563
Summe	280.313.762	288.492.024	-8.178.262

2.1.10 Bilanzielle Abschreibungen

Die bilanziellen Abschreibungen stellen den Ressourcenverbrauch der Immateriellen Vermögensgegenstände, sowie des Sachanlagevermögens dar. In der Planung 2010 wurden für bilanzielle Abschreibungen insgesamt 20,1 Mio. € berücksichtigt.

Tatsächlich betrug der Wert der bilanziellen Abschreibungen im Berichtszeitraum 20 Mio. € und entspricht somit nahezu der Planung.

Auch innerhalb der folgenden Aufteilung der Ist-Buchungen gibt es keine nennenswerte Abweichung zur Planung

- 14,2 Mio. € auf Gebäudeabschreibungen
- 2,3 Mio. € auf Abschreibungen für Betriebs- und Geschäftsausstattung
- 2,15 Mio. € auf Abschreibungen für immaterielle Vermögensgegenstände
- 1,0 Mio. € auf Abschreibungen für Geringwertige Wirtschaftsgüter sowie
- 0,35 Mio. € auf Abschreibungen für technische Anlagen, Außenanlagen und Fahrzeuge.

2.1.11 Transferaufwendungen

Die Transferaufwendungen umfassen insbesondere Sozialtransferaufwendungen sowie Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke.

Im Bereich der Sozialtransferaufwendungen dominieren der Betreuungsaufwand, der Aufwand für Unterbringung sowie der Aufwand für Pflege.

Alleine der Betreuungsaufwand betrug im Haushaltsjahr 2010 rd. 1.495,1 Mio. €.

Die Transferaufwendungen betragen im Haushaltsjahr 2010 insgesamt 2.381,8 Mio. € und lagen rd. 139,8 Mio. € über den Aufwendungen des Vorjahres. Dies entspricht einer Steigerung von 6,2 %.

Die Transferaufwandsquote (Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen) nimmt einen Anteil von 81,2 % (2009: 78,4 %) ein.

2.1.12 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zählen

- Sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen
 - Aufwendungen für Aus- und Fortbildung
 - Aufwendungen für Umzugskostenvergütung
 - Aufwendungen für übernommene Reisekosten
 - Jobticket (refinanziert)
- Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten
 - Mieten
 - Leasing
- Geschäftsaufwendungen
- Aufwendungen für Beiträge und Sonstiges sowie Wertberichtigungen
 - Versicherungsbeiträge
 - Mitgliedsbeiträge zu Vereinen und Verbänden
 - Verluste aus Abgängen und Wertminderungen des Sachanlagevermögens
 - Wertkorrekturen zu Forderungen
- Verluste aus Finanzanlagen und aus Wertpapieren
- Betriebliche Steueraufwendungen
 - Kraftfahrzeugsteuer

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen betragen insgesamt 42,3 Mio. € im Haushaltsjahr 2010. Gegenüber dem Haushaltsansatz 2010 ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von 3,6 Mio. € (Plan 2010: 38,7 Mio. €).

Die Mehraufwendungen sind insbesondere auf ungeplante Einzelwertberichtigungen (überwiegend in der Produktgruppe 017 – Leistungen für Menschen mit Behinderungen) in Höhe von 3,6 Mio. € zurückzuführen, denen jedoch teilweise Mehrerträge durch die Auflösung der Pauschalwertberichtigung gegenüberstanden (siehe Erläuterung zur Produktgruppe 048 – Allgemeine Finanzwirtschaft).

Daneben wurden zum ergebnisneutralen Ausgleich der Produktgruppe 041 – Ausgleichsabgabe – rund 2,5 Mio. € (Plan 2010: 1 Mio. €) dem Vermögen der Ausgleichsabgabe zugeführt, was zu einer Verschlechterung in Höhe von 1,5 Mio. € bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen geführt hat, die jedoch gegenüber dem LVR-Haushalt neutral ist. Dem standen Einsparungen in Höhe von rund 1,3 Mio. € bei den Geschäftsaufwendungen gegenüber sowie etwa 1 Mio. € bei den sonstigen Personalaufwendungen und Mieten. Weitere saldierte Verschlechterungen in Höhe von 0,8 Mio. € führen im Ergebnis zum obigen Mehraufwand bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen.

2.1.13 Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die ordentlichen Erträge und die ordentlichen Aufwendungen führen insgesamt zu einem negativen Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit in Höhe von rund 24,7 Mio. €. Der Aufwandsdeckungsgrad beträgt rechnerisch 99,2 % (2009: 102,4 %).

2.1.14 Finanzerträge und Finanzaufwendungen

Die Finanzerträge in Höhe von 29,8 Mio. € setzen sich zusammen aus

- Zinserträgen, 10,6 Mio. € sowie
- sonstigen Finanzerträgen, 19,2 Mio. €.

Bei den sonstigen Finanzerträgen handelt es sich insbesondere um die Gewinnausschüttung der Provinzial Rheinland Holding, die 11,7 Mio. € betrug, die 6,2 Mio. € hohe Dividendeneinnahme aus den zum Stichtag gehaltenen 1.786.190 RWE AG Stammaktien sowie weiteren saldierten Verbesserungen von rd. 1,3 Mio. € in den übrigen Bereichen.

Die erwirtschafteten Erträge fallen mit rd. 29,8 Mio. € um 5,0 Mio. € höher als geplant aus.

Die Finanzaufwendungen betragen im Berichtszeitraum 23,4 Mio. €. Sie resultieren wesentlich aus den bestehenden Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen.

Gegenüber dem Haushaltsplan 2010 ergeben sich Minderaufwendungen in Höhe von 4,4 Mio. € (Plan 2010: 27,8 Mio. €).

Der Anteil der Finanzaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen (Zinslastquote) beträgt 0,80 % (2009: 0,97 %). Der Rückgang ist auf das weiterhin niedrige Zinsniveau und den kontinuierlichen Entschuldungsprozess zurückzuführen.

Insgesamt ergibt sich ein Finanzergebnis von + 6,4 Mio. € (2009: +7,9 Mio. €).

2.1.15 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Als außerordentlich hat der Gesetzgeber solche Sachverhalte definiert, die

- selten,
- ungewöhnlich und
- von wesentlicher Bedeutung

sind.

Diese Voraussetzungen müssen kumulativ erfüllt sein. Korrespondierend zum Handelsrecht ist eine enge Auslegung erforderlich.

Die außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von rd. 8,4 Mio. € sind ausschließlich der Restrukturierung der WestLB AG geschuldet. Die in Rede stehenden Umsetzungsszenarien für eine Restrukturierung der WestLB AG sind für diese mit erheblichen Risiken verbunden und machen damit unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips eine Wertberichtigung des Buchwerts beim LVR erforderlich. Diese bezieht sich neben dem direkt gehaltenen Aktienanteil auch auf die dem LVR im Rahmen der Ausübung der Direktbeteiligungsoption von der NRW.BANK zugehenden Aktien.

2.2 Erläuterungen zu ausgewählten Produktgruppen

Sofern es in den Teilergebnissen einer Produktgruppe zu erheblichen Abweichungen zwischen dem Ansatz im Haushaltsplan (DH0) und den IST-Ergebnissen gekommen ist, werden diese hier erläutert. Gleiches gilt für Abweichungen bei Zielen und Produktkennzahlen.

Abweichungen bei den Personalaufwendungen, die im Bereich der Rückstellungen begründet lagen, werden nicht weiter erläutert. Siehe hierzu Ziffer 2.1.7 Personalaufwendungen (Seite 9).

Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen, die gemäß § 22 GemHVO NRW aus 2009 in das Jahr 2010 übertragen wurden, belasten bei Inanspruchnahme das Ergebnis 2010. Zur Erläuterung der Ergebnisse werden die Ermächtigungsübertragungen nachrichtlich unter den Teilergebnisrechnungen aufgeführt. In der Bilanz zum 31.12.2009 wurde in Höhe der übertragenen Aufwandsermächtigungen (rd. 26,2 Mio. €) eine zweckgebundene Deckungsrücklage gemäß § 43 Abs. 3 GemHVO NRW als „Davon-Vermerk“ ausgewiesen. Sie hat die Aufgabe, die Vorbelastungen des dem Haushaltsjahr folgenden Jahres in der Bilanz transparent zu machen, damit der Wert des ausgewiesenen Eigenkapitals zutreffend beurteilt werden kann.

2.2.1 Produktbereich 01 – Innere Verwaltung

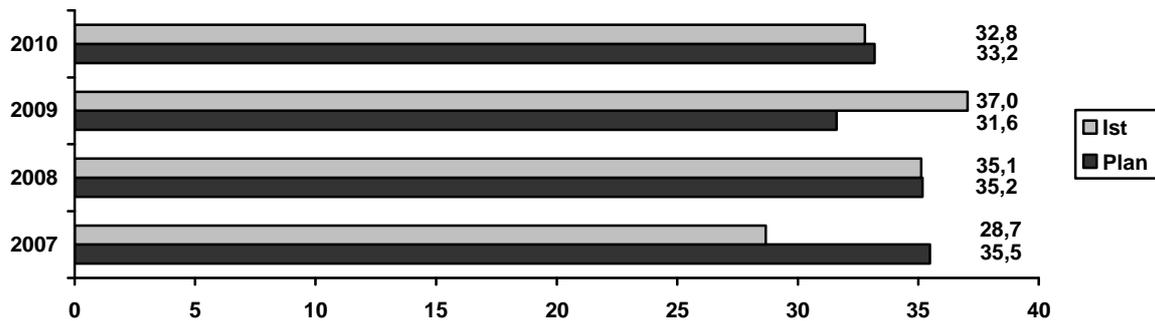
2.2.1.1 Produktgruppe 014 – Gebäude- und Immobilienmanagement (GLM)

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0	2010	(Ist ./ Ansatz)	
	€	€	€	%
ordentliche Erträge	35.736.928	36.104.019	+367.091	101,0%
ordentliche Aufwendungen	68.917.944	68.883.467	-34.477	99,9%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-33.181.016	-32.779.448	+401.568	98,8%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-33.181.016	-32.779.448	+401.568	98,8%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement (GLM) schließt das Jahr 2010 mit einem Verlust ohne die internen Leistungsbeziehungen (ILB) i. H. v. 32,8 Mio. €, wobei in der Planung ein Fehlbedarf von 33,2 Mio. € gegeben war. Damit ist der Planwert wieder leicht unterschritten worden. Insbesondere Verkaufserlöse über Buchwert haben zu dieser Haushaltsverbesserung geführt.

Seit der Einführung des NKF erzielte das GLM folgende Ergebnisse (Fehlbedarf in Mio. €):



Bei dieser Betrachtung ist zu berücksichtigen, dass das GLM als Querschnittsfachbereich innerhalb der Organisationsstruktur des LVR den Instandhaltungs- und Abschreibungsaufwand für Gebäude und technische Anlagen des allgemeinen Grundvermögens trägt.

So sind für das Jahr 2010 als wesentliche Eckdaten 13 Mio. € für Instandhaltungen, 14,5 Mio. € für bilanzielle Abschreibungen und 4,3 Mio. € für Mietaufwand veranschlagt worden. Demgegenüber stehen weit geringere Erträge, nämlich rd. 6,2 Mio. € aus Zuwendungen und allgemeine Umlagen, rd. 2 Mio. € aus der Aktivierung von Eigenleistungen und rd. 0,5 Mio. € aus Mieten.

Dieser Umstand allein bedingt schon eine defizitär ausgerichtete Planung der Produktgruppe.

Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung weist eine Unterdeckung i. H. v. 30,3 Mio. € aus, geplant waren ursprünglich 26,6 Mio. €.

Sowohl der Saldo aus Investitionstätigkeit (Plan: -2,9 Mio. € / Ist: -5,3 Mio. €) als auch der aus laufender Verwaltungstätigkeit (Plan: -23,7 Mio. € / Ist: -25,0 Mio. €) ist größer als ursprünglich veranschlagt.

Als wesentlicher Grund für die Verschlechterung des Saldos aus Investitionstätigkeit sind die geringeren Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen zu nennen (rd. 2,5 Mio. € weniger). Hintergrund sind förderrechtliche Bestimmungen, die regelmäßig jahresübergreifende Zahlungen bewirken. Geplant waren Investitionszuwendungen i. H. v. rd. 10,8 Mio. €. Die dem gegenüberstehenden Investitionen mit einem Auszahlungsvolumen i. H. v. rd. 16 Mio. € konnten vom GLM weitestgehend umgesetzt werden.

Beim Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit sind alle konsumtiven Einzahlungs- und Auszahlungsströme berücksichtigt. Der in der Ergebnisrechnung erfasste Ressourcenverbrauch (Erträge und Aufwendungen) bleibt außen vor. Dadurch kommt es hier zu Abweichungen.

Ausblick

Durch zurückgestellte Instandhaltungsmaßnahmen, insbesondere bei den Liegenschaften der Außendienststellen, ist eine Wertminderung gegeben, die sich auch in der Instandhaltungsquote ausdrückt.

Als Querschnittsfachbereich ist der Fachbereich GLM grundsätzlich abhängig von den strategischen Planungen der Fachdezernate (wie z.B. Entwicklungs- und Zielplanung LVR-Klinikverbund, Schulentwicklungsplanung) und kann daher nur indirekt Einfluss nehmen.

Ebenfalls nur mittelbar lässt sich die Vermarktung nicht betriebsnotwendiger Immobilien beeinflussen, da der Vermarktungserfolg und auch die Höhe des Verkaufserlöses letztlich von der vorhandenen Nachfrage abhängig ist. Im Portfoliomanagement des GLM werden Chancen gesehen, erhaltungsaufwendige Immobilien des LVR zu veräußern.

Zu den Unterstützungsleistungen des Fachbereichs GLM gehört konkret die Umsetzung der Baumaßnahmen des 492 Mio. € umfassenden Gesamtfinanzierungsplans des LVR-Klinikverbundes sowie das Arrondieren der freizuziehenden Flächen im Kerngelände der jeweiligen LVR-Klinik.

Während sich die Energiekostenentwicklung durch entsprechende Rahmenverträge des GLM zumindest in gewissem Umfang steuern lässt, ist die Steigerung des Baukostenindex zwar nicht direkt beeinflussbar, indirekt aber durch die Berücksichtigung bei den Haushaltsanmeldungen zumindest kalkulierbar.

Die durch das Konjunkturpaket II geförderten Maßnahmen müssen bis Ende 2011 abgerechnet sein. Kurzfristig werden diese Einzahlungen zu einer Entlastung des Negativsaldos beitragen. Insgesamt bleibt aber festzustellen, dass Einnahmen von Dritten zur Finanzierung von Baumaßnahmen seit Jahren rückläufig sind. Langfristig gesehen ist eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Bautätigkeit jedoch unverzichtbar, weil sie zur Wertschöpfung und zum Erhalt des Sachanlagevermögens der LVR-Liegenschaften beiträgt.

2.2.1.2 Produktgruppe 038 – „Finanzmanagement“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0	2010	(Ist ./ . Ansatz)	
	€	€	€	%
ordentliche Erträge	3.014.731	3.990.234	+975.503	122,0%
ordentliche Aufwendungen	15.899.641	20.107.292	-4.207.650	126,5%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-12.884.910	-16.117.058	-3.232.147	125,1%
Finanzerträge	57.850	88.453	+ 30.603	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-12.827.060	-16.028.605	-3.201.544	125,0%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel		11.147 €
Transfer	873.000 €	873.000 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die o. a. Abweichung bei den ordentlichen Aufwendungen ist insbesondere auf eine Überschreitung bei den Transferaufwendungen i. H. v. rd. 5,4 Mio. € zurückzuführen.

Die konsumtive Zuschussposition wurde vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung für 2010 restriktiv geplant. Mögliche Aufwandsreste wurden auf ein Minimum reduziert. Durch einen verstärkten Baufortschritt einzelner Maßnahmen (insbesondere Brandschutz LVR-Klinik Bonn) und einer erst in 2010 abgerechneten Brandschutz-

maßnahme der LVR-Klinik Viersen reichten die eingeplanten Mittel insgesamt nicht aus. Die Überschreitung betrug dadurch 3,9 Mio. €.

Zudem wurden um rd. 1 Mio. € höhere Personalersatzleitungen von der Bundesanstalt für Arbeit an die Eigenbetriebe weitergegeben. Aufgrund zusätzlicher Zuwendungen in gleicher Höhe war der Finanzvorfall insgesamt erfolgsneutral.

Ausblick

Für den Haushalt 2011 wurde die Planung an den Baufortschritt angepasst, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Brandschutzmaßnahmen.

Allerdings muss auf den Gesamtfinanzierungsplan für den LVR-Klinikverbund und die stufenweise Brandschutzsanierung der Standardbettenhäuser in den LVR-Kliniken Bedburg-Hau, Düren, Düsseldorf, Langenfeld und Viersen hingewiesen werden. Die Kosten für den gesamten Investitionsbedarf betragen rd. 492 Mio. € der u. a. durch Trägerzuschüsse i. H. v. 67,5 Mio. € (bereits beschlossen) und einen vom Träger zu bedienenden Kredit, der bei identischen Konditionen 198,3 Mio. € (netto) betragen wird, finanziert wird.

Dieser Umstand wird zu erheblichen Mehraufwendungen/-auszahlungen in der PG 038 führen.

2.2.1.3 Produktgruppe 042 – „Finanzbuchhaltung“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0	2010	(Ist ./.	Ansatz)
	€	€	€	%
ordentliche Erträge	162.986	385.987	+223.001	236,8%
ordentliche Aufwendungen	3.384.636	3.719.097	+334.461	109,9%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3221.650	-3.333.109	-111.459	103,5%
Finanzerträge	2.050.000	3.231.425	+1.181.425	157,6%
Finanzaufwendungen	1.980.000	859.978	-1.120.022	43,4%
Finanzergebnis	+70.000	+2.371.447	+2.301.447	
ordentliches Jahresergebnis	-3.151.650	-961.662	+2.189.988	30,5%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Das Forderungsmanagement des LVR wurde in der Finanzbuchhaltung zentralisiert und intensiviert. Hierdurch ergeben sich um rd. 176.441 € höhere sonstige ordentliche Erträge.

Das Finanzergebnis wurde durch höhere Finanzerträge zusammen mit niedrigeren Aufwendungen für Zinsen insgesamt positiv beeinflusst und liegt 2,3 Mio. € über den ursprünglichen Annahmen.

2.2.1.4 Produktgruppe 044 – Verwaltungsführung

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	139.100	608.948	+469.848	437,8%
ordentliche Aufwendungen	9.700.479	9.748.434	+47.955	100,5%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.561.379	-9.139.486	+421.893	95,6%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-9.561.379	-9.139.486	+421.893	95,6%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die PG 044 „Verwaltungsführung“ schließt das Jahr 2010 mit einem Fehlbetrag vor internen Leistungsverrechnung in Höhe von 9,1 Mio. € ab, wobei ein Fehlbedarf von rd. 9,6 Mio. € geplant war.

Die vom Eigenbetrieb InfoKom durchgeführten und in Rechnung gestellten IT-Projekte fallen um ca. 400.000 € niedriger aus als ursprünglich geplant. Die in 2010 nicht benötigten Ermächtigungen werden jedoch ins nächste Jahr, zur Realisierung der bereits begonnenen IT-Projekte übertragen. Zudem werden zukünftig einige IT-Projekte aktiviert. Bereits gebildete Rückstellungen für diese IT-Projekte wurden in 2010 ertragswirksam aufgelöst, so dass Mehrerträge von 470.000 € ausgewiesen werden konnten.

2.2.1.5 Produktgruppe 071 – „Personalmanagement“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	20.131.468	20.972.753	+841.285	104,2%
ordentliche Aufwendungen	63.704.208	63.725.504	+21.296	100,0%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-43.572.740	-42.752.751	+819.990	98,1%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-43.572.740	-42.752.751	+819.990	98,1%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Einsparungen bei den Versorgungsaufwendungen in Höhe von 5.235.012 € sind im Wesentlichen entstanden, weil der Ertrag aus der Auflösung der Pensionsrückstellung als negativer Aufwand gebucht wurde.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die für den Haushalt 2010 angestrebten Ziele hinsichtlich Ausbildung, Qualifizierung und Fortbildung wurden erreicht. Die entsprechenden Kennzahlen liegen zum Jahresabschluss sogar über den für 2010 geplanten Werten:

- Ausbildungsquote: 7,88% (geplant: 7%)
- Qualifizierungsquote: 3,03% (geplant: 3%)
- Anzahl Seminare: 294 (geplant: 270).

Der Anteil schwerbehinderter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beträgt 8,38% und liegt damit – wie in den Vorjahren – deutlich über den vom Gesetzgeber geforderten 5%.

2.2.2 Produktbereich 03 – Schulträgeraufgaben

2.2.2.1 Produktgruppe 015 – „LVR-Zentrum für Medien und Bildung im Rheinland“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./.	Ansatz) € %
ordentliche Erträge	2.407.685	2.575.847	+168.162	107,0%
ordentliche Aufwendungen	4.075.700	4.275.477	+199.777	104,9%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.668.015	-1.699.630	-31.615	101,9%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-1.668.015	-1.699.630	-31.615	101,9%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	1.058.017 €	1.216.072 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	296.136 €	460.612 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die ordentlichen Erträge fielen um 7 % höher aus als geplant (+ 168.162 €). Es handelte sich um ungeplante Erträge für zwei Projekte (Prämonstratenserklöster Duisburg und DVD: Demenz), für die GFG-Mittel zur Verfügung gestellt wurden, sowie Erträge für das Projekt learn:line (140.000 €). Mehrerträge konnten insbesondere in den Bereichen Schulmanagement NRW, Lehrerfortbildung Online und EDMOND erzielt werden.

Die erzielten Mehrerträge korrespondierten überwiegend aufgrund von Zweckbindungen mit entsprechend höheren Sachaufwendungen. Die höheren Sachaufwendungen sind außerdem aufgrund der Abwicklung von Maßnahmen entstanden, für die Budgetübertragungen aus 2009 erfolgten.

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 015.01 - Medienproduktion:

Die Anzahl der Digitalisierungen ist um rd. 10.000 Stück unter dem Ansatz geblieben, da eine Digitalisierungseinheit defekt war und längere Zeit auf Ersatzteile gewartet werden musste. Zusätzlich war das Gerät durch einen Standortwechsel vom Rheinischen Landesmuseum Bonn zeitweise nicht einsatzbereit.

Produkt 015.02 - Medienbildung:

Die Anzahl der in Edmond bereit gestellten Medien beträgt 846. Der Ansatz von 9.000 Stück rührt noch aus der Einführungszeit, in der sehr viele neue Medien eingestellt wurden. Der Planwert für 2011 wurde auf den realistischen Wert von 1.000 Stück reduziert. Der Medienbrief ist in 2010 zweimal erschienen mit einer Gesamtauflage von 14.000 Stück. Erfasst wurde versehentlich nur eine Auflage.

Produkt 015.04 – Medienberatung NRW:

Die Anzahl der Beratungen konnte um rd. 10.000 Stück erhöht werden. Die Aufrufe der Websites sind erheblich unter dem Ansatz geblieben, was zum einen daran liegt, dass die Ansätze aus den Vorjahren übernommen wurden und zum anderen eine neue Statistik eingeführt wurde, die die Zahlen anders erhebt.

Produkt 015.05 – Schulmanagement NRW:

Auf Grund des Erfolges der Eignungsfeststellungsverfahren und Schulleiterqualifizierungen konnten die Planzahlen für die Fachveranstaltungen, Anzahl der Beratungen sowie die Gesamtteilnehmerzahl überschritten werden.

2.2.2.2 Produktgruppe 054 – „Dezentraler Service- und Steuerungsdienst“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	209.000	132.188	-76.812	63,2%
ordentliche Aufwendungen	2.003.641	2.235.518	+231.877	111,6%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.794.641	-2.103.330	-308.689	117,2%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-1.794.641	-2.103.330	-308.689	117,2%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Mindererträge resultieren aus Personalkostenerstattungen des Landes, die rd. 70.000 € unter der Planung blieben.

Die Aufwendungen lagen saldiert rd. 231.000 € über der Planung, wobei dies neben Abweichungen im Personalaufwand insbesondere im Transferaufwandsbudget durch die Übernahme der Patenschaft für die Sprach- und Kommunikationsförderung begründet ist.

Daneben wurde das Transferaufwandsbudget aufgrund der Bereitstellung von Fördermitteln der Sozial- und Kulturstiftung des LVR für den Kongress „Eine Schule für alle – Vielfalt leben“ um 9.980 € verstärkt.

Ausblick

Da der Bereich Inklusion in Zukunft noch erweitert wird, ist hier mit steigenden Personal- und Projektkosten zu rechnen. Für 2010 betragen die Aufwendungen für Honorare für das Forschungsprojekt „Inklusion“ der Bayrischen Julius-Maximilians-Universität ca. 47.600 €.

Inwieweit künftig mit Aufwendungen für das „Freiwillige Soziale Jahr“ zu rechnen ist, kann zurzeit nicht eingeschätzt werden.

2.2.2.3 Produktgruppe 055 – „Bereitstellung schulischer Einrichtungen“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	5.440.148	4.933.373	-506.775	90,7%
ordentliche Aufwendungen	59.660.891	58.926.215	-734.676	98,8%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-54.220.743	-53.992.841	+227.902	99,6%
Finanzerträge	0	31	+31	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	31	+31	--
ordentliches Jahresergebnis	-54.220.743	-53.992.810	+227.933	99,6%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Landesförderungen für „Geld oder Stelle“, Offene Ganztagschulen und „Kein Kind ohne Mahlzeit“ sind um ca. 150.000 € geringer ausgefallen als geplant.

Weitere Mindererträge von rd. 290.000 € ergeben sich aus der Verlagerung von Erstattungen für ehemalige Lehrer nach Dezernat 1 sowie Mindererträge von 177.000 € aus Elternbeiträgen für Beköstigung. Saldiert mit Verbesserungen bei den übrigen Erträgen in Höhe von ca. 110.000 € haben sich im Ergebnis Mindererträge von rund 507.000 € ergeben.

Die ordentlichen Aufwendungen blieben 735.000 € unter der Planung, obwohl für Schülerbeförderung 1 Mio. € Mehraufwendungen erforderlich wurden.

Ausgleichend wirkten die Einsparungen bei den Energiekosten mit 670.000 € und bei den Kostenerstattungen an die Gemeinden, die ca. 427.000 € unter der Planung blieben.

Zudem wurden weniger investive Auszahlungen getätigt als geplant, wodurch das Abschreibungsbudget ca. 86.000 € unter dem Planwert lag. Weiterhin konnten im Bereich Personalkosten ca. 540.000 € eingespart werden. Schließlich konnten sonstige Einsparungen in Höhe von ca. 12.000 € erreicht werden.

Im Unterschied zum Haushaltsjahr 2009 werden der Gerätepool und der Medienentwicklungsplan nunmehr in dieser Produktgruppe bewirtschaftet.

Einzahlungen Investitionstätigkeit

Einzahlungen des Landes für Investitionstätigkeit in Höhe von ca. 596.000 € wurden von Dezernat 2 vereinnahmt und für die Ersteinrichtung im Rahmen der OGS bzw. des 1000-Schulen-Programms verwendet.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Anzahl der geförderten Schülerinnen und Schüler mit Handicaps in allgemeinen Schulen (Produkt 055.08) übersteigt den Planwert um rund 23 %. In den Folgejahren ist mit einer weiteren Steigerung zu rechnen, da es erklärtes Ziel des LVR ist, den integrativen Unterricht weiter zu fördern.

Ausblick

Grundsätzliche Risiken bestehen bei dieser Produktgruppe hauptsächlich bei den Fahrt- und Energiekosten. Beide Kostenarten unterliegen nicht exakt planbaren Preisschwankungen, die Energiekosten sind zusätzlich witterungsabhängig.

Da der Bereich Inklusion in Zukunft noch erweitert wird, ist in diesem Bereich mit steigenden Kosten für unterstützende Maßnahmen zu rechnen.

2.2.2.4 Produktgruppe 056 – „Bereitstellung und Betrieb des Internates Euskirchen“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./ . Ansatz) €	%
ordentliche Erträge	45.960	56.840	+10.880	123,7%
ordentliche Aufwendungen	2.202.727	2.112.571	-90.155	95,9%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.156.767	-2.055.731	+101.035	95,3%
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-2.156.767	-2.055.731	+101.035	95,3%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Erstattung von Pflegekosten fremder Kostenträger (Transfererträge) für Kinder im Internat Euskirchen lagen im Jahr 2010 20.200 € unter der Planung, da nur noch ein Betreuer außerhalb der Zuständigkeit des LVR das Internat besucht. Saldiert mit rd. 31.800 € höheren Personalkostenerstattungen sowie sonstigen unwesentlichen Ertragsabweichungen (-720 €) ergibt sich der oben ausgewiesene Mehrertrag.

Die Abweichungen bei den ordentlichen Aufwendungen sind wesentlich bei den Personalaufwendungen gegeben. Sie gründen auf den 2009 neu eingerichteten Stellen, die in der Planung für 2010 zusätzlich ganzjährig mit 100% vorgesehen waren, deren Besetzung jedoch aus dem vorhandenen Personal erfolgte, ohne dass jemand nachgerückt ist.

2.2.2.5 Produktgruppe 057 – „LVR-Berufskolleg – Fachschulen des Sozialwesens“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	1.358.100	1.774.786	+416.686	130,7%
ordentliche Aufwendungen	1.558.527	1.811.133	+252.606	116,2%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-200.427	-36.347	+164.080	18,1%
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-200.427	-36.347	+164.080	18,1%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die ordentlichen Erträge wurden zum einen durch eine um 256.000 € höhere Personal-kostenerstattung und zum anderen durch die Verschiebung von Pensionsrückstellungen aufgrund von Dienstherrenwechsel begünstigt.

Für die Studierenden des LVR-Berufskollegs waren ungeplant rund 20.000 € Fahrtkosten zu erstatten. Daneben entstanden Mehraufwendungen von 43.000 € für Honorare. Die Abschreibungen des Jahres 2010 lagen aufgrund von Ermächtigungsübertragungen aus dem Jahr 2009 für hieraus resultierende zusätzliche Investitionen rund 14.500 € über dem Planwert.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Zahl der Studierenden am Berufskolleg Düsseldorf erhöhte sich im Vergleich zum Planwert um rund 13 %, da ein neuer Ausbildungszweig „Kinderqualifikation“ mit 2 Klassen eingeführt wurde.

Ausblick

Die Produktgruppe hat für 2011 ein Budget in Höhe von 267.540 €, also ca. 67.000 € mehr als in 2010 zur Verfügung.

Das Sachaufwandsbudget für den HH 2011 beziffert sich auf ca. 260.000 € bei einem IST 2010 in Höhe von ca. 252.000 €.

2.2.3 Produktbereich 04 – Kultur und Wissenschaft

2.2.3.1 Produktgruppe 018 – „LVR-LandesMuseum Bonn und Max-Ernst-Museum in Brühl“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	1.376.277	1.883.663	+507.386	136,9%
ordentliche Aufwendungen	10.835.337	10.847.883	+12.546	100,1%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.459.060	-8.964.220	+494.840	94,8%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-9.459.060	-8.964.220	+494.840	94,8%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	98.137 €	1.064.867 €
Transfer		125.373 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	251.819 €	1.030.161 €
Transfer		151.632 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Im Geschäftsjahr 2010 konnten Mehrerträge gegenüber der Planung in Höhe von 507.386 € erzielt werden. Es handelte sich um höhere und ungeplante zweckgebundene Erträge. Weiterhin wurden GfG-Mittel des Landes NRW für die Projekte Merowingerzeit, Grabfunde Bonn-Oberkassel und Renaissance am Rhein in Höhe von 139.592 € von der Produktgruppe 025 – Kulturförderung und -veranstaltungen umgebucht.

Der Veranstaltungsbereich des LVR-LandesMuseums Bonn (LMB) konnte mit Erträgen in Höhe von 76.623 € die Planung (20.000 €) deutlich übertreffen, obwohl die privatrechtlichen Leistungsentgelte bei Gastronomie, Shop, Führungen, Parkplatz und Eintritten zurückgegangen sind.

Vor allem die Ausstellungen „Renaissance im Rheinland“ (225.000 €, davon 50.000 € GfG-Mittel des Landes NRW) im LVR-LandesMuseum Bonn und „Sam Szafran“ (60.000 €) im Max Ernst Museum Brühl des LVR (MEM) wurden mit größeren ungeplanten Summen gefördert.

Zusätzliche Erträge konnten weiterhin im Rahmen folgender Projekte erzielt werden:

- von der Stiftung zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlerevier für die Restaurierung fränkischer Gräberfelder (16.000 €) und für die Restaurierung frühmittelalterlichen Grabfunde (44.000 €)
- Verkauf der Ausstellung „Marcus Caelius“ an die Varusschlacht im Osnabrücker Land GmbH - Museum und Park Kalkriese (ca. 65.000 €)
- „Restaurierungsprogramm bild.Kunst“ von der Bezirksregierung Köln (12.000 €)
- Forschungsvorhaben „Römische Großbronzen am UNESCO-Welterbe Limes“ vom Archäologischen Landesmuseum Baden-Württemberg (13.000 €)

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkte 018.03 / 018.04 - Anzahl der Veranstaltungen:

Es waren insgesamt 550 Veranstaltungen (500 im LVR-LandesMuseum Bonn, 50 im Max Ernst Museum Brühl des LVR) geplant. Durchgeführt wurden in 2010 952 (855 im LMB, 97 im MEM), was einer Steigerung von 73 % entspricht. Die Steigerung lässt sich auch an den Erträgen ablesen. Den geplanten Erträgen in Höhe von 20.000 € standen Ist-Erträge in Höhe von 76.623 € gegenüber.

Produkt 018.02 – LMB – Sammeln, Bewahren, Erschließen von Kulturgütern

Anzahl der Inventarisierungs- und Dokumentationsvorgänge:

Bei dieser Kennzahl konnte ein Ist in Höhe von 47.896 gegenüber einer Planung in Höhe von 18.000 erreicht werden (Steigerung 166%). Die Steigerung der Kennzahl ist auf eine Prozessoptimierung im Bereich der Inventarisierung zurückzuführen. Weiterhin wurden viele kleinere Vorgänge bearbeitet.

Anzahl der restaurierten Objekte:

Gegenüber der Planung (500) wurde eine Steigerung von 125% erzielt und entsprechend 1.126 Objekte restauriert. Die deutliche Steigerung ist auf Stundenerhöhungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Restaurierungswerkstatt zurückzuführen.

Produkt 018.03 – LMB – wissenschaftliche und technische Dienstleistungen

Anzahl Fotoneuaufnahmen:

Es wurden 1000 Fotoneuaufnahmen geplant; erstellt wurden 3.360. Dies entspricht einer Steigerung von 236%. Die deutliche Steigerung ist auf eine Verbesserung der Fotoausrüstung zurückzuführen.

Produkt 018.05 – BPM-Kooperation Bädernmuseum Zülpich

Anzahl der Veranstaltungen:

Bei den Veranstaltungen des Bädernmuseums Zülpich wurden 30 geplant, durchgeführt wurden 87 – eine Steigerung von 190 %.

Anzahl der Führungen:

Die Anzahl der Führungen im Bädernmuseum wurden mit 50 geplant. Gebucht wurden 240 – eine Steigerung von 380 %. Das Bädernmuseum wurde im April 2009 in das Betreibermodell des LVR übernommen, wodurch bei der Planung der Kennzahlen für das Jahr 2010 noch die Erfahrungswerte fehlten. Weiterhin konnte der Bekanntheitsgrad des in 2008 eröffneten Museums im Laufe des Jahres 2010 weiter gesteigert werden.

2.2.3.2 Produktgruppe 021 – „LVR-Industriemuseum“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	2.336.811	2.693.140	+356.329	115,2%
ordentliche Aufwendungen	10.538.873	9.592.858	-946.014	91,0%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-8.202.062	-6.899.718	+1.302.343	84,1%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	113	+113	--
Finanzergebnis	0	-113	-113	--
ordentliches Jahresergebnis	-8.202.062	-6.899.831	+1.302.231	84,1%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	94.333 €	521.689 €
Transfer	138.073 €	144.469 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	20.421 €	598.484 €
Transfer	73.291 €	73.291 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die erzielten Mehrerträge in Höhe von insgesamt rd. 356.000 € sind verschiedenen Bereichen zuzuordnen:

- Fördermittel für die Projekte des LVR-IMus: Wollroute, Feuerländer, Industriearchäologische Grabung, Wolltuchgeschichte, Unternehmer in Cromford
- Spenden von Fördervereinen für Veranstaltungen: Papierfest, Transportfest, Messer-/Gabel-/Scherenmarkt, Eisenheim
- im Rahmen der Bewirtschaftung durch die RKG erzielte Mehrerträge
- Personalkostenerstattungen durch das Bundesamt für Zivildienst, die Bundesarbeitsagentur und Fürsorgestellen
- Transfererträge
- Erträge aus externer Nutzung der Stickstoffkammer

Die Planzahlen für 2010 wurden im Bereich der Aufwendungen insbesondere durch folgende Ursachen in Höhe von rd. 946.000 € unterschritten:

- infolge der vorläufigen Haushaltsführung im Bereich der Sach- und Dienstleistungen nicht verausgabter Beträge
- im Rahmen der Bewirtschaftung des Museums durch die RKG
- Teilbetrag der Zuschüsse für Zinkhütter Hof und Stiftung Zollverein blieben in 2010 aus (Budgetrest nach 2011)

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 021.01 - Sammeln, Bewahren, Erschließen von Kulturgütern:

Signifikante Veränderungen sind bei den Kennzahlen für die Teilprodukte Bewahren und Erschließen festzustellen.

Die Anzahl der „restaurierten Objekte“ (Kennzahl für den Bereich Bewahren) liegt in 2010 im Ist wesentlich unter der Planzahl, weil der tatsächliche Restaurierungsaufwand für die Objekte sehr schwer einzuschätzen war und außerdem in der 1. Jahreshälfte eine Bündelung der Personalressourcen auf das Großprojekt „Oelchenshammer“ erfolgen musste.

Die Ist-Kennzahl „Anzahl der Inventarisierungs- und Dokumentationsvorgänge“ für den Bereich Erschließen weist eine erhebliche Steigerung auf, da die Objekte einen sehr unterschiedlichen Zeitaufwand erfordern und auch hier eine exakte Planung nur schwer möglich ist.

Produkt 021.02 – Vermitteln von Kulturgütern

Insgesamt verlief die Entwicklung der Ist-Kennzahlen planungskonform.

Eine geringfügige Ausnahme bildet lediglich die Kennzahl „Anzahl der Führungen“. Die Steigerung von ca. 18% ist auf die erhöhte Aktivitäten im Rahmen von „Ruhr.2010“ zurückzuführen.

Produkt 021.03 – Beratung und Auftragsarbeiten

Die Erhöhung der Ist-Kennzahl „Anzahl der Vermietungen“ ist auf eine sehr gute Auftragslage trotz der von Mai bis November eingeschränkten Nutzungsmöglichkeit der entsprechenden Räumlichkeiten durch die Ausstellung: „Feuerländer“ zurückzuführen.

Die Anzahl der Besucher betrug in 2010 **183.351**.

2.2.3.3 Produktgruppe 022 – „LVR- LVR-Archäologischen Park Xanten / LVR-RömerMuseum“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	2.026.565	2.094.548	+67.983	103,4%
ordentliche Aufwendungen	7.589.319	7.023.648	-565.671	92,5%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-5.562.754	-4.929.100	+633.654	88,6%
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-5.562.754	-4.929.100	+633.654	88,6%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel		1.009.672 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	52.154 €	448.467 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Sachaufwendungen fielen in 2010 im Bereich der Kostenerstattung an die RKG (korrespondiert mit geringeren Erträgen) und beim Instandhaltungsaufwand um 256.860 € geringer aus als geplant.

Die Mindererträge der Eintrittserlöse durch geringere Besucherzahlen und der Wegfall der Eintrittserlöse für Kinder und Jugendliche, Mindererträge bei Veranstaltungen / Gastronomie / Führungen (einzig beim Shop Zuwachs) sowie die niedrigere Landeszuweisung für die Großgrabung konnten insbesondere durch zusätzliche Erträge von der Stadt Xanten für die Abrechnung der Betriebskosten des alten Regionalmuseum nicht nur ausgeglichen werden, sondern um fast 68.000 € erhöht werden.

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 022.01 - Vermitteln von Kulturgütern:

Besucher/Jahr

Die tatsächlichen Besucherzahlen 2010 des LVR-Archäologischen Park Xanten / LVR-RömerMuseum sind gegenüber der Planung um 44 % gestiegen, da bei der Haushaltsanmeldung noch nicht vorherzusehen war, wie sich die Besucherzahlen nach Eröffnung des LVR-RömerMuseum entwickeln werden.

Veranstaltungen/Jahr

Aufgrund von zusätzlichen Veranstaltungen wurde auch hier die Planzahl der Veranstaltungen überschritten.

Technische Bereitstellungsleistungen

Bedingt dadurch, dass der Tag der Begegnung im letzten Jahr nicht in Xanten, sondern im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhrgebiet in Essen stattfand, kam es zu den Abweichungen im Bereich technische Bereitstellungsleistungen.

durch Vertrag formalisierte Schulpartnerschaften

Gegenüber den zwei geplanten Schulpartnerschaften konnte nur eine Schulpartnerschaft 2010 realisiert werden.

Wissenschaftliche Publikationen

Zusätzlich zu der geplanten wissenschaftliche Publikation wurden 4 weitere Publikationen im letzten Jahr fertig gestellt, sodass die Planzahl überschritten wurde.

Produkt 022.02 - Sammeln, Erschließen, Bewahren von Kulturgütern:

Inventarisierung / Dokumentationsvorgänge

Durch vermehrte Digitalisierung von Plänen, Fundzeichnungen und Fotos als Bestandsicherung weichen die tatsächlichen Zahlen von den geplanten Zahlen um 116 % ab.

Anzahl restaurierter Objekte

Die Anzahl restaurierter Objekte wurde durch zusätzliche externe Restaurierungsobjekte und Restaurierungsobjekten für die Wechsellausstellung "Schatzhäuser", die Großgrabung und das Lapidarium um 212 % überschritten.

Die Besucherzahlen gingen im letzten Jahr von 710.901 (2009) auf **575.104** Besucher zurück. Dies begründet sich dadurch, dass es sich 2009 um das erste volle Jahr nach der Eröffnung des LVR-RömerMuseums am 15.08.2008 handelte. Langfristig wird seitens des LVR-Archäologischen Park Xanten / LVR-RömerMuseum versucht, jährlich 500.000 Besucher begrüßen zu dürfen.

2.2.3.4 Produktgruppe 023 – „LVR-Freilichtmuseum Lindlar“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	713.661	691.595	-22.066	96,9%
ordentliche Aufwendungen	2.766.602	2.715.320	-51.282	98,1%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.052.941	-2.023.724	+29.216	98,6%
Finanzerträge	0	22	+22	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	22	+22	--
ordentliches Jahresergebnis	-2.052.941	-2.023.702	+29.239	98,6%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	1.038 €	83.915 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	1.038 €	134.677 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die aktivierten Eigenleistungen lagen mit 99.820 € unter der Planung, was rund 30 % ausmacht. Ursächlich hierfür waren witterungsbedingte Faktoren (*ein langer Winter 2009 sowie früher Wintereinbruch in 2010*).

Zusätzlich wurde in 2010 das Projekt „Ausstellung FML“ durchgeführt, das aus GFG-Mitteln des Landes NRW finanziert wurde. Die Erträge und Aufwendungen haben sich hierdurch um 25.000 € erhöht.

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 023.01 - Sammeln, Erschließen, Bewahren von Kulturgütern:

Jährliche Plan/Ist - Abweichungen sind darin begründet, dass sowohl das Angebot an geeigneten Kulturgütern einerseits, als auch der hieraus resultierende Restaurierungsaufwand der einzelnen Objekte im Vorfeld nicht konkret planbar sind und lediglich auf Vergleichszahlen der Vorjahre beruhen.

Produkt 023.02 - Vermitteln von Kulturgütern:

Durch die gute Aufnahme der Werbemaßnahmen in der Öffentlichkeit konnte insbesondere bei den Veranstaltungen ein deutlicher Anstieg der Besucherzahlen festgestellt werden. Was im zweiten Schritt auch zu einer Steigerung bei der Nutzung der einzelnen Programmangebote führte.

Produkt 023.03 - Vermarktung Liegenschaft:

Schloss Heiligenhoven

Der Rückgang der Vermietungen Schloss Heiligenhoven ist darin begründet, dass den Anfragenden nicht der gewünschte Service (Tagungsgetränke, Speisen) angeboten werden konnte, weil die Gastronomie Schloss Heiligenhoven den Betrieb seit 2008 eingestellt hat.

Museumsgelände

Der Rückgang der Vermietung des Museumsgeländes/Gebäude ist darin begründet, dass in 2010 das "Interesse" von Fernseh- und Spielfilmproduktionsgesellschaften gegenüber 2009 nachließ.

Signifikante Abweichungen gegenüber der Besucherstatistik 2009 sind im Haushaltsjahr 2010 nicht zu verzeichnen. Die Besucherzahlen lagen 2009 bei insgesamt 98.391, in 2010 waren es insgesamt **103.184** Besucher.

2.2.3.5 Produktgruppe 024 – „LVR-Freilichtmuseum Kommern“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	1.355.040	1.490.185	+135.145	110,0%
ordentliche Aufwendungen	4.630.811	4.535.053	-95.758	97,9%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.275.771	-3.044.868	+230.903	93,0%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-3.275.771	-3.044.868	+230.903	93,0%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	118.706 €	246.207 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	118.706	368.740 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Aufgrund punktuell schlechter Witterungsbedingungen bei Großveranstaltungen sowie sehr kaltem Wetter in den Wintermonaten konnten die **Besucherzahlen** der Vorjahre (2008: 202.612/2009: 202.868/2010: **198.356**) nicht ganz erreicht werden.

Hierdurch erklären sich die Mindererträge bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten in Höhe von rund 133.900 €, die im Wesentlichen durch gesunkene Eintrittserlöse, geringere Umsätze in Shop und Gastronomie sowie weniger Projekte und Führungen begründet liegen. Besonders stark war hier die Gastronomie betroffen, deren Erträge 21 % unter der Planung lagen (rund 100.000 €).

Eine Kompensation der Mindererträge der Zeile 05 des Teilergebnisplanes erfolgte durch verstärkte Aktivitäten im Bereich von investiven Bauprojekten (Translozierung und Beginn Wiederaufbau einer Gaststätte aus Eschweiler, Translozierung und Beginn Wiederaufbau einer Scheune aus Nettersheim), die dann als aktivierbare Eigenleistungen (253.705 €) zu ungeplanten Mehrerträgen geführt haben.

Die geringeren Erträge aufgrund gesunkener Besucherzahlen korrespondieren mit Minderaufwendungen beim Sachaufwand (Kostenerstattung an die RKG, Instandhaltung).

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Präsentation und Informationsvermittlung traditioneller Lebens- und Wohnformen im Rheinland konnte in Besuchszahlen gegenüber den Vorjahren in etwa stabil gehalten werden.

Ein leichter Rückgang aufgrund negativer witterungsbedingter Einflüsse hat sich auf die Kennzahlen bei gebuchten Führungen ausgewirkt. Die Anzahl der besucherrelevanten Projekte konnte positiv um 48 % gegenüber der Planung gesteigert werden. Die Qualität dieser Projektangebote wird weiter laufend optimiert, um auch dauerhafte Kundenbindungseffekte zu bewirken. Aufgrund eines Planungsfehlers in 2010 sind die Abweichungen bei den Projektteilnehmern und Anzahl der Führungsteilnehmer bedeutend zu hoch.

Die Erweiterung der Sammlung orientiert sich primär an von privaten und gewerblichen Anbietern offerierten Objekten. Es kommt hier teilweise zu erheblichen Schwankungen, die nicht im Detail planbar sind. In 2010 konnte der vorgesehene Umfang an Neuzugängen, die auch den wissenschaftlichen Erfordernissen der Bewahrung von historischem Sammlungsgut entsprechen, nicht ganz erreicht werden. Die dadurch frei werdenden Ressourcen ermöglichten dann eine um 22 % erhöhte Restaurierungsquote sowie ein um 44 % erhöhtes Inventarisationsvolumen.

Die Untersuchungen von Bestandsobjekten war durch die nur hälftige Besetzungsquote von Restaurierungsstellen nur zu etwas mehr als fünfzig Prozent erreichbar.

Bei der Vermietung von Räumlichkeiten ist nach mehreren Jahren des Rückgangs und der Stagnation wieder eine erfreuliche Steigerung festzustellen, die es nun zu festigen und auszubauen gilt.

2.2.3.6 Produktgruppe 025 – „Kulturförderung und -veranstaltungen“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	3.940.126	5.104.317	+1.164.191	129,5%
ordentliche Aufwendungen	7.187.575	4.527.618	-2.659.958	63,0%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.247.449	+576.699	+3.824.149	-17,8%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-3.247.449	+576.699	+3.824.149	-17,8%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel		59.019 €
Transfer	415.184 €	5.269.784 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel		21.503 €
Transfer	1.709.859 €	7.292.429 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Steigerung bei den ordentlichen Erträgen um rund 30 % (+ 1,2 Mio. €) in 2010 ist zum größten Teil mit der durchgeführten Auflösung von Sonderposten in Höhe von 2,2 Mio. € zu begründen. Dies waren gebildete Sonderposten von alten GFG-Mitteln des Landes NRW, die bereits abgewickelt waren (Sammelbuchungen im März des Jahres 2010). Die Erträge aus GFG-Mitteln des Jahres 2010 wurden in Höhe von 590.547 € in die Produktgruppen der LVR-Außendienststellen verlagert, soweit die Abwicklung der GFG-Mittel geförderten Projekte in diesen wahrgenommen wird. Zu den ordentlichen ungeplanten Erträgen 2010 zählen Projekt-Gutschriften und vor allem Rückzahlung von GFG-Mitteln, die in der Vergangenheit gewährt wurden (von der Stadt Xanten ca. 400.000 €).

Die Transferaufwendungen lagen in 2010 2,7 Mio. € unter der Planung (rund 46 %). Dies resultiert insbesondere einmalig aus einer Umstellung des Verfahrens zur Verwendung der GFG-Mittel des Landes, bei der Budgetreste gebildet wurden, die das Jahr 2011 belasten werden. Ziel dieser Umstellung war es, die jeweils Mitte des Kalenderjahres eingehenden Mittel auf das laufende und diesem folgenden Jahr zu verteilen, um die Förderung von Projekten auch in der ersten Hälfte des Jahres zu ermöglichen. Weiterhin erfolgten Einsparungen bei den Netzwerkmitteln, da sie nicht im geplanten Umfang umgesetzt werden konnten.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Steigerungen bei der Anzahl der „Museumsberatungen“ und den „auf gegenseitiger Zusammenarbeit beruhenden Kooperationen“ sind mit der Neubesetzung der Abteilungsleitungsstelle zu erklären. Eine Veränderung in Ertrag und Aufwand ist davon nicht berührt.

In 2010 wurden 26 Rheinlandtaler verliehen (in der Teilergebnisrechnung des Jahresabschlusses fälschlicherweise mit dem Wert 15 ausgegeben). Die Kandidaten wurden bereits in 2009 durch den LVR-Kulturausschuss ausgewählt. Mit der Planung von 32 Verleihungen wurde den Mitgliedern der 13. Landschaftsversammlung die Option eröffnet, weitere Verleihungen vorzunehmen.

2.2.3.7 Produktgruppe 026 – „LVR-Archivberatungs- und Fortbildungszentrum“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DHO	2010	(Ist ./ . Ansatz)	
	€	€	€	%
ordentliche Erträge	1.215.977	1.269.220	+53.243	104,4%
ordentliche Aufwendungen	5.154.722	4.700.052	-454.670	91,2%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.938.744	-3.430.831	+507.913	87,1%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-3.938.744	-3.430.831	+507.913	87,1%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	441.554 €	515.785 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	595.081 €	700.981 €
Transfer	115.120 €	196.820 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Es wurden Mehrerträge in Höhe von 53.248 € erzielt durch ungeplante bzw. höhere zweckgebundene Erträge und GfG-Mittel des Landes NRW für die Projekte

- „Menschen mit Behinderungen“ (110.800 €)
- „DOMID“ (65.000 €)
- „Historisches Stadtarchiv“ (99.155 €),

denen Mindererträge beim Projekt Landesinitiative Substanzerhalt (Bestandserhaltung) aufgrund von Kapazitätsengpässen bzw. Erreichung der Auslastungsgrenze gegenüberstanden. Diese Mindererträge korrespondieren jedoch mit geringeren Sachaufwendungen (rund – 398.000 €).

Die Mehrerträge resultieren außerdem aus Vermietung und Verpachtung (+32.000 €) durch eine gestiegene Anzahl Vermietungen und weitergegebene Kostensteigerungen bei den Vermietungsnebenkosten sowie durch ungeplante Landesmittel (+51.850 €) für das Projekt Archiv und Jugend.

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 026.01 - Beratung:

Anzahl der Beratungen in Zusammenhang mit dem Schadenskataster: -35 %:

Diese Beratungen finden nicht mehr, wie geplant, separat vom übrigen Beratungsgeschäft statt, sondern werden dort im Rahmen von Archivkonzeptionen integriert und erfasst.

Anzahl der Beratungen in Stunden: Abweichung +120 %

Die Umstellung von Standard-Beratungen mit dem Fokus auf einzelne Problemstellungen hin zur Erstellung von Archivkonzeptionen hat eine umfassendere Beratungsarbeit nach sich gezogen; dieser Intensitätsanstieg war so nicht genau absehbar.

Anzahl der Beratungskunden in Personen: Abweichung +525 %

Die Ist-Zahl (1.000) weicht von der Planzahl (200) ab, da irrtümlich Mehrfachkontakte mitberücksichtigt wurden.

Anzahl der Archivierungen: Abweichung +116 %

Unterjähriger Wechsel bei den Archivierungsobjekten: zunächst wurden Personalakten verzeichnet, dann Karteikarten; Karteikarten sind wesentlich schneller zu verzeichnen als Personalakten. Das Tempo der Verzeichnung pro Akte/ Karte ist relativ schwer hochzurechnen.

Produkt 026.02 - Fortbildung

Anzahl der Fortbildungsveranstaltungen: Abweichung +44 %

In das Programm 2010 wurden außerplanmäßig noch weitere Seminare aufgrund aktueller Bedarfe aufgenommen:

- Erlebnis Archiv; Studierende vor Ort im Rheinland
- Tagung zum Thema KuLaDig
- Tagung zur Novellierung des Archivgesetzes

Anzahl der Teilnehmer: Abweichung +150 %

Durch die Aufstockung des Seminarangebotes gab es auch höhere Teilnehmerzahlen.

Produkt 026.03 - Vermarktung der Abtei

Anzahl der Veranstaltungen: Abweichungen +41 %

Durch Erweiterung des Raumangebotes und das Angebot von Wochenend-Paketen wurden die Veranstaltungszahlen gesteigert. Ebenso wurden die Vermarktungsaktivitäten (Info-Raum, Überarbeitung Internet-Auftritt) gesteigert.

Produkt 026.05 - Erhalt und Sicherung Kulturgut

Anzahl der zur Massenentsäuerung vorbereiteten Archivalien: Abweichung - 32%

Der Bearbeitungsrückgang entstand durch Reduzierung der Landesmittel und Verminderung der Mitarbeiterzahl.

Anzahl der Verfilmungen (Mikroverfilmung): Abweichung + 56%

Aufgrund der zum Planungszeitpunkt vorliegenden Informationen wurde die Anzahl der Verfilmungen niedriger eingeschätzt als dies später tatsächlich eingetroffen ist.

2.2.3.8 Produktgruppe 032 – „Kulturlandschaftspflege“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./.. Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	94.900	40.084	-54.816	42,2%
ordentliche Aufwendungen	1.829.826	1.790.218	-39.608	97,8%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.734.926	-1.750.134	-15.208	100,9%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-1.734.926	-1.750.134	-15.208	100,9%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	17.766 €	27.818 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	14.901 €	54.159 €
Transfer		231.392 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen wurden Mindererträge in Höhe von 52.300 € (rund 60 %) erzielt, die sich wie folgt begründen:

Nach Abschluss der Haushaltsplanung erfolgte für das Projekt „Mühlen und Hämmer“ eine neue Kostenkalkulation. Dadurch wurde die von der Bezirksregierung Köln bewilligte Zuwendung reduziert.

Die innerhalb des Mühlenprojekts durchgeführte Beschilderung der Mühlen und Hämmer im Rheinland mit Infotafeln wurde nicht wie ursprünglich geplant konsumtiv, sondern investiv durchgeführt. Dadurch wurden geplante Erträge als Investitionszuwendungen verbucht.

Die im Bereich „Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen“ geplanten Zuwendungen seitens des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe für das Projekt „KuLaKomm“ konnten aufgrund von Verzögerungen im Projektablauf im Jahr 2010 nicht mehr realisiert werden. Stattdessen sind hier für das Haushaltsjahr 2011 Mehrerträge zu erwarten.

Minderaufwendungen sind beim Sachaufwand (- 257.836 €) dadurch entstanden, dass im Bereich „Erarbeitung wissenschaftlicher Grundlagen“ aufgrund der technischen und inhaltlichen Weiterentwicklung des Instrumentariums KuLaDig auf Dezernatsebene sowie der prioritären Anwendung dieses Instrumentariums bei KuLaKomm (Kulturhauptstadt 2010 Essen/Ruhrgebiet) geplante Projekte nicht realisiert werden konnten. Die Projekte sollen in 2011 gestartet werden.

Weitere Einsparungen resultieren aus der Verschiebung von Publikationen (z.B. Flyer für die Naturparke).

Aufgrund der neuen Kostenkalkulation im Projekt „Mühlen und Hämmer“ konnten auch hier gegenüber der Planung Einsparungen erzielt werden.

Beim Transferaufwand sind Minderaufwendungen überwiegend in Höhe von rund 35.000 € dadurch entstanden, dass die im Rahmen des Mühlenprojekts durchgeführte Beschilderung der Mühlen und Hämmer im Rheinland mit Infotafeln nicht wie ursprünglich geplant konsumtiv, sondern investiv durchgeführt wurden. Dadurch reduziert sich der Transferaufwand um 26.900 €.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Kennzahl „Anzahl der in KuLaDig NW aufgenommenen Datensätze“ weist im Gegensatz zur Planung von 7.000 nur einen Ist-Wert von 1.000 Datensätzen auf. Dies begründet sich in der technischen und inhaltlichen Weiterentwicklung des Instrumentariums KuLaDig auf Dezernatsebene sowie der prioritären Anwendung dieses Instrumentariums bei KuLaKomm.

Durch das Projekt "Mühlen und Hämmer", einem Projekt der Regionale 2010, gefördert von der Bezirksregierung Köln, ergaben sich in 2010 zusätzliche Veranstaltungen im Rahmen von Erzählabenden an einigen Mühlenstandorten, die bei der Planung im Jahr 2009 nicht absehbar waren.

2.2.4 Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

2.2.4.1 Produktgruppe 016 Dezentraler Service – Soziale Hilfen

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./ . Ansatz) €	%
ordentliche Erträge	5.836	88.338	+82.502	1.513,7%
Ordentliche Aufwendungen	8.431.025	11.841.715	+3.410.689	140,5%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-8.425.189	-11.753.376	-3.328.187	139,5%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-8.425.189	-11.753.376	-3.328.187	139,5%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen:

Die Mehraufwendungen sind im Sachaufwand (rund 400.000 €) bei den durch InfoKom erbrachten IT-Leistungen durch eine intensivere Nutzung aller Verfahren (insbesondere Business Warehouse – BW) verursacht worden. (Restliche Abweichung bei Aufwendungen für Pensions- und Beihilferückstellungen).

Ausblick

Durch die Aktivierung von IT-Projekten/ IT-Verfahren als Immaterielles Anlagevermögen wird die Produktgruppe 016 in 2011 zusätzlich mit ungeplantem Aufwand für Abschreibungen belastet werden.

2.2.4.2 Produktgruppe 017 – Leistungen für Menschen mit Behinderungen

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	190.451.245	218.557.956	+28.106.712	114,8%
ordentliche Aufwendungen	2.090.261.291	2.092.445.953	+2.184.662	100,1%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-1.899.810.046	-1.873.887.997	+25.922.050	98,6%
Finanzerträge	2.830	325.524	+322.694	11.502%
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	+2.830	+325.524	+322.694	11.502%
ordentliches Jahresergebnis	-1.899.807.216	-1.873.562.473	+26.244.744	98,6%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel		1.800.200 €
Transfer		161.926.355 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Im Rahmen der Bewirtschaftung wurden rund 7 Mio. € aus dem Sachaufwandsbudget, sowie rund 4. Mio. € aus Mehrerträgen zur Deckung des Transfermehraufwandes herangezogen. Die geringeren Sachaufwendungen von etwa 7,5 Mio. € sind durch niedrigere Kostenerstattungen gegenüber den örtl. Trägern für Leistungen nach dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz entstanden.

Es konnten Mehrerträge in Höhe von rund 28,1 Mio. € in folgenden Bereichen erzielt werden:

- Investitionskostenpauschale für Zwecke der Eingliederungshilfe vom Land NRW (GFG-Mittel)
- Kindergeld
- Wohngeld
- Bafög
- Renten- und Versorgungsbezüge
- Pflegeversicherung

11 Mio. € Mehraufwand sind im Bereich Transfer bedingt durch Aufwendungen für Rückstellungen entstanden.

Es wurden Auszahlungsreste in Höhe von ca. 162 Mio. € gebildet für Rückstellungen und einen Zahlungslauf in 2011 (Finanzrechnung), der dem Aufwand 2010 zuzuordnen war.

Produkt orientierte Erläuterungen

Bedingt durch die Einführung neuer DV-Verfahren und Auswertungstools (Einführung von Anlei, BW) besteht für den Entwurf des Jahresabschlusses keine Möglichkeit, valide Fallzahlen (Anträge) aus den Systemen zu erheben, bei den ausgewiesenen Fallzahlen handelt es sich daher um fundierte Schätzwerte. Die nachfolgenden Ausführungen stehen unter dem Vorbehalt einer möglichen Anpassung der für 2010 ausgewiesenen Leistungskennzahlen.

Ein wesentliches Ziel der Produktgruppe 017 ist die Fortsetzung des Umsteuerungsprozesses „ambulant vor stationär“. Die demographisch bedingte Steigerung der Bedarfszahlen soll sich im Ergebnis nur bei den ambulanten Wohnhilfen niederschlagen. Im Jahr 2010 sind 620 Personen (Plan 658) aus einer Wohneinrichtung in eine selbständige Wohnform gewechselt. Die Anzahl der leistungsberechtigten Personen in einer Wohneinrichtung (017.08) hat sich gegenüber 2009 um 41 Personen (Plan -100) reduziert, während die Anzahl der die selbstständig mit ambulanter Unterstützung leben (017.07) kontinuierlich steigt, im Jahr 2010 um 2.267 auf 24.900 (Plan 23.723) Leistungsberechtigte.

Die Plan-/ Ist-Abweichung der Leistungsberechtigten die mit ambulanter Unterstützung in einer selbstständigen Wohnform leben resultiert nicht aus höheren Zuwächsen in 2010; sondern daraus, dass die Planung für 2010 auf einen zu geringen Fallzahlbestand aufsetzte (Basisveränderung 2009).

Im Bereich der Leistungen zur Beschäftigung (017.04) sollte die Zahl der Neuaufnahmen im Arbeitsbereich der rheinischen WfbM in 2010 ca. 1.200 Personen betragen. Gegenüber dem Jahresabschluss 2009 ergibt sich lediglich ein Zuwachs von 780 Personen auf 29.900 Leistungsberechtigte.

Im Jahr 2010 wurde der Planwert in Höhe von 15.099 € je leistungsberechtigter Person um 225 € je Fall unterschritten. Die Entgeltvereinbarung mit den WfbM sieht für 2011 keine Steigerung der Entgelte vor.

Für die weiteren Produkte der PG 017 erfolgen keine separaten Ausführungen, die Entwicklung im Jahr 2010 verlief entsprechend den Planwerten 2010. Dies gilt sowohl für die Produktziele als auch den Leistungskennzahlen.

Ausblick

Um den stetig steigenden Finanzbedarf der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung zu verlangsamen wird der LVR für die kommenden Haushaltsjahre die nachstehenden Maßnahmen ergreifen:

Die Entgeltvereinbarungen mit den Trägern der Einrichtungen im Bereich der Eingliederungshilfe werden für das Jahr 2012 mit dem Ziel der Absenkung neu verhandelt. Der LVR hat sich mit dem LWL über ein gemeinsames Vorgehen verständigt.

Dies gilt auch für die Jahrespauschalen der Werkstätten für Menschen mit Behinderung. In den Verhandlungen mit den Werkstattträgern wird neben einer Rheinland weit einheitlichen Pauschale auch die bisher noch erhöhte Jahrespauschale für Menschen mit psychischer Behinderung mit dem Ziel der Absenkung auf die allgemeine Pauschale einbezogen.

Gleichzeitig wird ab dem Jahr 2012 der landesweit einheitliche Stundensatz für Fachleistungsstunden mit dem Ziel einer Absenkung neu verhandelt. Grundlage hierfür ist eine Ausdifferenzierung der ambulanten Unterstützungsleistungen, durch weitere modulare Leistungen soll es mehr Menschen als bisher ermöglicht werden, in der eigenen Häuslichkeit zu leben.

Ziel dieser fachlichen Weiterentwicklung ist es, den Kostenanstieg bezogen auf die ambulanten Wohnhilfen zu verlangsamen.

Die Landschaftsverbände haben in der Vergangenheit mehrfach eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Sozialhilfe gefordert.

Im Rahmen der Verhandlungen zur Hartz IV-Reform hat sich der Bund nunmehr bereit erklärt, zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation beizutragen, indem er Sozialausgaben übernimmt, die bislang von den Gemeinden getragen wurden.

So erhöhen sich die Erstattungssätze für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von geplanten 16% in

- 2012 auf 45%,
- 2013 auf 75%.
- 2014 ff. soll es zu einer Vollerstattung kommen.

Eine weitere Entlastung ist durch die gerichtlich festgestellte, vorrangige Zuständigkeit der Bafög-Ämter für die Kosten der Internatsunterbringung im Rahmen der schulischen Bildung gegeben. Möglicherweise können Erträge auch für Fälle erzielt werden, für die in den Jahren 2006 bis 2009 Leistungen erbracht wurden (max. 9,2 Mio. €). Es wurden Klageverfahren eingeleitet und vorsorglich ein Antrag auf Schadensregulierung bei der Provinzialversicherung gestellt.

Diesen Chancen zur Haushaltskonsolidierung stehen folgende Sachverhalte gegenüber:

Die Durchführungsverordnung vom 01.6.2009 zum Wohn- und Teilhabegesetz (WTG) bestimmt in § 2, dass bis Ende 2011 alle Drei- und Mehrbettzimmer aufzulösen sind. Darüber hinaus muss bis zum 31.07.2018 der Anteil an Einzelzimmern je Einrichtung mind. 80 % betragen. Inwieweit sich die Umsetzung Kosten treibend auswirken wird, kann zurzeit nicht zuverlässig beurteilt werden.

Mit Inkrafttreten der Ausführungsverordnung ist der LVR auch für ambulante Komplexförderungen (sog. Individuelle Schwerstbehindertenbetreuung) zuständig. Hierbei sind alle Kosten im Rahmen der individuellen Schwerstbehindertenbetreuung – auch für ambulante Betreuungsformen - zu übernehmen. Neben der Kostenübernahme bereits bewilligter Leistungen bedingt dies einen jährlichen zusätzlichen Betreuungsaufwand.

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird es in den kommenden Jahren im Rahmen der individuellen Bedarfsdeckung der Betreuten voraussichtlich zu Mehraufwendungen im Bereich des stationären Wohnens kommen. Dies ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass der Anteil der älteren Menschen mit Behinderung zunimmt und einerseits nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben in den Wohnheimen ein entsprechendes Tagesangebot zur Verfügung gestellt werden muss, zum anderen auch ein zusätzlicher altersbedingter Pflegebedarf wahrscheinlich wird.

2.2.4.3 Produktgruppe 035 - Soziale Entschädigungsleistungen für Kriegsoffer und ihnen gleichgestellte Personen

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./ . Ansatz) €	%
ordentliche Erträge	87.399.822	78.578.225	-8.821.597	89,9%
ordentliche Aufwendungen	116.749.678	110.186.111	-6.563.567	94,4%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-29.349.856	-31.607.886	-2.258.030	107,7%
Finanzerträge	5.000	1.767	-3.233	35,3%
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	+5.000	+1.767	-3.233	35,3%
ordentliches Jahresergebnis	-29.344.856	-31.606.119	-2.261.263	107,7%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Aufgrund des altersbedingten Rückgangs der Leistungsempfänger/-innen lagen die Erstattungen des Bundes rd. 9,4 Mio. € unter der Planung. Zusammen mit einer Korrekturbuchung im Rahmen des Jahresabschlusses und 0,5 Mio. € Mehrerträgen bei den Renten und Versorgungsbezügen ergibt dies den oben ausgewiesenen Minderertrag.

Der Minderaufwand ist neben geringeren Personalaufwendungen wesentlich im Transferaufwand aufgrund altersbedingtem Rückgang der Leistungsempfänger/-innen begründet (-4,9 Mio. €.) Saldiert mit periodenfremden Erstattungen an die Mitgliedskörperschaften in Höhe von rd. 1,6 Mio. € bedingt dies die obige Verbesserung.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Entschädigungsleistungen für Kriegsoffer und ihnen gleichgestellte Personen wurden insgesamt entsprechend der für 2010 gesetzten Produktziele und der geplanten Leistungskennzahlen erbracht.

Gegenüber dem Vorjahr ist in nahezu allen Produkten ein altersbedingter Rückgang der Leistungsempfänger/innen festzustellen.

Ausblick

Die Fallzahlentwicklung aufgrund von altersbedingtem Rückgang der Leistungsempfänger/-innen lässt auch in den Folgejahren eine Reduzierung der Aufwendungen erwarten.

2.2.4.4 Produktgruppe 041 - Leistungen der Ausgleichsabgabe zur Teilhabe am Arbeitsleben für schwerbehinderte und ihnen gleichgestellte behinderte Menschen

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	77.430.000	74.231.185	-3.198.815	95,9%
ordentliche Aufwendungen	81.445.000	78.473.711	-2.971.289	96,4%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.015.000	-4.242.525	-227.525	105,7%
Finanzerträge	4.015.000	4.316.832	+301.832	107,5%
Finanzaufwendungen	0	74.307	+74.307	--
Finanzergebnis	+4.015.000	+4.242.525	+227.525	105,7%
ordentliches Jahresergebnis	0	0	0	0

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die ordentlichen Erträge blieben insgesamt 3,2 Mio. € unter der Planung. Wesentlich hierfür sind

- - 9,7 Mio. € Mindererträge aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe
- + 0,8 Mio. € ungeplante Zuweisungen des Bundes für das Projekt Job 4000
- nicht verausgabte bzw. nicht in Anspruch genommene Mittel der Ausgleichsabgabe von rd. + 3,2 Mio. €, die von den Mitgliedskörperschaften an den LVR erstattet wurden
- sowie Pauschalwertberichtigungen und ertragswirksame Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von rund + 2,5 Mio. €.

Den Mindererträgen stehen Minderaufwendungen in Höhe von rd. 3 Mio. € gegenüber, die sich wesentlich in der zeitlichen Verschiebung bei der Realisierung einzelner Projekte, geringeren Zuschüssen für Investitionen Dritter und niedrigerem Aufwand für Integrationsunternehmen insgesamt mit 4.781.049 € ausdrücken.

Die in der Produktgruppe erforderlichen Ausgleichsbuchungen und außerplanmäßige Erstattungen an den Bund führen saldiert zum vorgenannten Minderaufwand im ordentlichen Ergebnis.

Produkt orientierte Erläuterungen

Die Zahl der aus Mitteln der Ausgleichsabgabe geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze konnte im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr um rd. 19 % auf insgesamt 2.689 gesteigert werden.

So stieg die Zahl der im Rahmen des regionalen Arbeitsmarktprogramms „aktion 5“ (Teilprodukt 041.07.002) geförderten Arbeitsplätze auf 818, die in Integrationsprojekten (Produkt 041.02) geförderten Arbeitsplätze wurden gegenüber dem Vorjahr um rd. 33% auf 1.030 Plätze ausgebaut.

Gleichwohl blieb die Zahl der Anträge auf Förderung neuer Arbeits- und Ausbildungsplätze (041.01.001) mit 260 Plätzen hinter der Planung zurück, konjunkturbedingt kam

dem Erhalt bestehender Arbeitsplätze (041.01.002) eine wesentliche Bedeutung zu. Insbesondere die Zahl der bewilligten Arbeitsassistenzen (263) und Minderleistungsausgleiche (841) stieg deutlich an. Die durchschnittlichen Aufwendungen beliefen sich für Arbeitsassistenzen auf 9.620 €, für Minderleistungsausgleiche wurde der Planwert von 6.500 € mit 6.700 € pro Bewilligung (+ 3,1%) geringfügig überschritten. Die Anzahl der für Frauen geförderten Arbeits- und Ausbildungsplätze (Teilprodukt 041.01.002) liegt in Plan und Ist bei 40 %.

Die Produkte der Produktgruppe 041 haben sich insgesamt entsprechend der für 2010 gesetzten Produktziele und der geplanten Leistungskennzahlen entwickelt.

Ausblick

Es handelt sich um Sondervermögen. Deshalb darf diese Produktgruppe keine Be- oder Entlastung für den Haushalt des LVR zur Folge haben. Die Erträge sind innerhalb dieser Produktgruppe zu verwenden. Im Rahmen der Bewirtschaftung sind nicht verwendete Mittel für diese Produktgruppe zinsbringend anzulegen.

Die Abführung nicht verwendeter Erträge in die Sonderrücklage „angelegte Mittel der Ausgleichsabgabe“ lässt erkennen, dass den Erträgen des Haushaltsjahres 2010 dementsprechende Aufwendungen nicht gegenüberstehen. So hat sich der Bestand der für die Ausgleichsabgabe angelegten Mittel

- von rd. 140,7 Mio. € (Bilanzwert 01.01.2010)
- auf rd. 144,7 Mio. € (Bilanzwert 31.12.2010) erhöht.

2.2.4.5 Produktgruppe 074 - Leistungen zur vorschulischen Bildung

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist 2010	Vergleich	
	DH0		(Ist ./ . Ansatz)	
	€	€	€	%
ordentliche Erträge	1.254.000	1.073.498	-180.502	85,6%
ordentliche Aufwendungen	118.511.133	135.869.899	+17.358.766	114,6%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-117.257.133	-134.796.400	-17.539.267	115,0%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-117.257.133	-134.796.400	-17.539.267	115,0%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Transfer	9.000.000 €	12.000.000 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Minderaufwendungen in Höhe von 180.000 € beruhen auf Endabrechnungen für Betriebskosten, die zu Rückzahlungen geführt haben.

Bei den Sachaufwendungen sind die Erstattungen an die örtlichen Sozialhilfeträger im Rahmen der summarischen Abrechnung um ca. 560.000 € höher als geplant ausgefallen.

Die Überschreitung der Transferaufwendungen in Höhe von 16,7 Mio. € setzt sich aus Nachzahlungen und Rückstellungen für Vorjahre in Höhe von 9,8 Mio. € und 5,2 Mio. € zusammen. Weiterhin haben sich allgemeine Mehraufwendungen für die Sonderkindergärten und integrativen Kindertagesstätten in Höhe von 1,4 Mio.€ ergeben.

Hinzu kommen noch Mehraufwendungen im Bereich der Fahrtkosten zu den Tageseinrichtungen in Höhe von 320.000 €, die hauptsächlich an gestiegenen Kraftstoffpreisen liegen.

Produkt orientierte Erläuterungen

Teilprodukt 074.01.003

Die Politik hat eine Grenze von 300 Plätzen festgelegt. Aus diesem Grund wurde mit 300 Plätzen geplant und es waren auch 300 Plätze belegt.

Teilprodukt 074.01.004

Die Buchung erfolgte unter Teilprodukt 002. Eine differenzierte Auswertung über SAP ist daher nicht möglich. In Zukunft soll eine differenzierte Buchung vorgenommen werden. Hierdurch kann das Ist-Ergebnis auch bei den Kennzahlen nur geschätzt werden, daher weicht es nicht vom Planansatz ab.

Der tatsächliche Aufwand ist in der Summe des Teilprodukts 002 enthalten. Dies wird zukünftig korrigiert.

Der Vergleich der übrigen Plan- und Ist-Kennzahlen ergibt keine erläuterungsbedürftigen Abweichungen.

Ausblick

Der größte Risikofaktor bei den Betriebskosten besteht in den verfahrensbedingten nicht bezifferbaren periodenfremden Aufwendungen für Vorjahre.

Bei den Fahrtkosten zu den Tageseinrichtungen bestehen Unwägbarkeiten vor allem wegen der Preisentwicklung der Kraftstoffe.

2.2.4.6 Produktgruppe 075 – Soziales Entschädigungsrecht

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./ . Ansatz) €	%
ordentliche Erträge	7.456.591	9.095.009	+1.638.418	122,0%
ordentliche Aufwendungen	6.707.004	9.014.910	+2.307.906	134,4%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	+749.587	+80.099	-669.488	10,7%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	+749.587	+80.099	-669.488	10,7%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Mehrerträge wurden wesentlich in höheren Forderungen für Versorgungsleistungen (rd. 1,9 Mio. €) gegenüber dem Land begründet. Den Mehrerträgen standen um 310.000 € niedrigere Kostenerstattungen aufgrund einer neuen Rechtsverordnung gegenüber, wonach die Anzahl der vom Land finanzierten Stellen reduziert wurde. Zusammen mit sonstigen gestiegenen Umlagen ergab dies die angeführte Ertragssteigerung.

Die ordentlichen Aufwendungen waren im Ergebnis wesentlich durch die erforderliche Zuführung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen geprägt.

Die Versorgungsleistungen der übergeleiteten Beamten trägt das Land, so dass diesem Mehraufwand überplanmäßige Erträge von 1,9 Mio. € aus Forderungen für Versorgungsleistungen gegenüberstanden.

Produkt orientierte Erläuterungen

Für die Aufgaben des Sozialen Entschädigungsrechtes - Produktgruppe 075 sind ab dem Haushalt 2011 Kennzahlen, die als Indikatoren für die Zielerreichung herangezogen werden können hinterlegt, für den Jahresabschluss 2010 sind hier noch keine Daten ausgewiesen.

Wie auch als Haushaltsziel beschrieben, erhalten die Leistungsberechtigten durch eine effiziente Bearbeitung die bedarfsgerechte Leistung. Im Bereich Ärztlicher Dienst SER und in der Ärztlichen Kooperation SGB IX erfolgt mit einem so gering wie möglichen Aufwand und in einem angemessenen Zeitraum eine qualitativ hochwertige Abklärung der gesundheitlichen Voraussetzungen für die Leistungsgewährung.

Diese fachliche Qualität der Leistungserbringung wurde zuletzt auch im Evaluationsbericht des Landes unter Ziffer 2.4 – Tätigkeit der Fachaufsicht bestätigt.

Ausblick

Vor der internen Leistungsverrechnung hat sich die Produktgruppe 075 positiv entwickelt; allerdings sind auch die der PG 075 zuarbeitenden Produktgruppen in die Bewertung mit einzubeziehen. Insgesamt ist festzustellen, dass sich die Ertrags- und Aufwandssituation für die Aufgabe des Sozialen Entschädigungsrecht negativ entwickelt hat. Im Ergebnis 2010 betrug die Belastung des LVR rd. 5,7 Mio. €; veranschlagt war ein Eigenmittelbedarf von 5,3 Mio. €.

Aus Sicht des LVR entspricht die nicht kostendeckende Kostenerstattung nicht dem Konnexitätsprinzip. Der hierzu auch vom LVR beim Verfassungsgericht Münster geführte Prozess wurde verloren. Die negative Entwicklung ist damit über die Landschaftsumlage zu finanzieren und belastet hierüber die Mitgliedskörperschaften des LVR.

Bei Verabschiedung des Änderungsgesetzes zum Gesetz zur Eingliederung der Versorgungsämter in die allgemeine Verwaltung des Landes NRW auf Basis der Evaluation könnten sich für den LVR aufgrund höherer Personal- und Sachkostenpauschalen ab dem Jahr 2011 höhere Erträge ergeben.

2.2.5 Produktbereich 06 – Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

2.2.5.1 Produktgruppe 049 – „Dezentraler Service- und Steuerungsdienst“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	45.600	88.534	+42.934	194,2%
ordentliche Aufwendungen	2.516.289	4.248.922	+1.732.633	168,9%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-2.470.689	-4.160.387	-1.689.698	168,4%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-2.470.689	-4.160.387	-1.689.698	168,4%

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Mehrerträge sind aufgrund von zusätzlichen Personalkostenerstattungen der Agentur für Arbeit Köln entstanden.

Die Mehraufwendungen sind – saldiert mit verschiedenen Einsparungen - durch Personal- und Beihilferückstellungen in Höhe von ca. 1,8 Mio. € sowie durch Mehraufwendungen für IT-Leistungen in Höhe von ca. 90.000 € entstanden.

2.2.5.2 Produktgruppe 052 – „Jugendförderung und übergreifende Aufgaben“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	829.500	2.074.159	+1.244.659	250,0%
ordentliche Aufwendungen	4.309.489	4.251.085	-58.404	98,6%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.479.989	-2.176.925	+1.303.063	62,6%
Finanzerträge	0	176	+176	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	176	+176	--
ordentliches Jahresergebnis	-3.479.989	-2.176.750	+1.303.239	62,6%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel	25.000 €	1.100.000 €
Transfer	268.399 €	283.399 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Mehrerträge wurden wesentlich durch Rückzahlungen gewährter Hilfen aus Vorjahren in Höhe von ca. 700.000 € erzielt. Per Gerichtsurteil wurde entschieden, dass der Landschaftsverband Kostenerstattungen an örtliche Jugendämter nach § 89 ff. SGB XII unberechtigt geleistet hat. Aufgrund dieses Entscheids wurden die entsprechenden

Beträge zurückgefordert. Da die Gefahr besteht, dass dieses Urteil durch den Revisionsprozess gekippt werden wird, wurden entsprechende Rückstellungen gebildet.

Mehrerträge sind aus der Auflösung von nicht länger werthaltigen Verbindlichkeiten entstanden. Bei Zuwendungen und allgemeinen Umlagen konnten Mehraufwendungen in Höhe von rund 100.000 € durch eine Zuweisung des Landes NRW für das Projekt „Orte der Erinnerung“ erzielt werden, denen jedoch Mehraufwendungen gegenüber stehen.

Die Sachaufwendungen wurden im Bereich der Kostenerstattungen um gut 700.000 € überschritten, was hauptsächlich an Rückstellungen und Nachzahlungen für Vorjahre liegt.

Die Überschreitung bei den Transferaufwendungen in Höhe von ca. 300.000 € resultiert hauptsächlich aus der Initial- und Modellförderung sowie 10 eigenfinanzierten Plätzen für das freiwillig ökologische Jahr.

Auf der anderen Seite haben sich bei den Personalaufwendungen aufgrund der Auflösung von Rückstellungen Minderaufwendungen in Höhe von ca. 1 Mio. € ergeben.

Aufwendungen aufgrund zweckgebundener Erträge

271.940 €	Modellförderung (Mittel der Sozial- und Kulturstiftung)
255.147 €	Fortbildungsveranstaltungen
15.081 €	Erstattungen Modellförderung aus Vorjahren
14.103 €	Erstattungen freiwilliges ökologische Jahr

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 052.04.001:

Die Abweichung bei den Fortbildungskennzahlen ergibt sich aus ursprünglich nicht geplanten Veranstaltungen, die aufgrund des Bedarfs zusätzlich angeboten wurden.

Der Vergleich der übrigen Plan- und Ist-Kennzahlen zeigt, dass die Ziele erreicht wurden.

2.2.6 Produktbereich 07 – Gesundheitsdienste und Altenpflege

2.2.6.1 Produktgruppe 060 – LVR- Kliniken und Servicebetriebe

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./ . Ansatz) €	%
ordentliche Erträge	150.553	223.800	73.247	148,7%
ordentliche Aufwendungen	10.011.116	10.938.612	927.496	109,3%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-9.860.562	-10.714.812	-854.250	108,7%
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-9.860.562	-10.714.812	-854.250	108,7%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	11.294.883 €	11.326.123 €

Bei den Budgetresten handelt es sich um Restmittel des 80,5 Mio. Programmes (Instandhaltungsmaßnahmen).

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Bereinigt um die Aufwendungen für die Bauunterhaltung (Sachkonten 52311000 und 52999910) in Höhe von 1.142.627,14 €, die aus den Budgetresten finanziert werden, ergibt sich keine Budgetüberschreitung sondern eine Budgetunterschreitung in Höhe von 215.131,14 €.

Die Mehraufwendungen bei den Sachmitteln in Höhe von 105.188,61 € (bereinigt um Bauunterhaltung) resultieren hauptsächlich aus Mehraufwendungen in Höhe von 193.578,07 € für die Wertberichtigungen auf Ausleihungen an Sondervermögen (Sachkonto 54531000).

Die Mehraufwendungen bei den Transferaufwendungen in Höhe von 276.403,84 € resultieren hauptsächlich aus der Umbuchung eines ursprünglich investiv gebuchten Zuschusses in einen konsumtiven Zuschuss.

Besonderheit der Produktgruppe 060 – LVR Kliniken und Servicebetriebe

In der Sitzung der Landschaftsversammlung am 10.12.2010 wurde mit Vorlage 13/887 die Auflösung des LVR - Servicebetriebes Viersen zum 01.01.2011 und die Aufhebung der Betriebssatzung einstimmig beschlossen.

Im Rahmen der Neuorganisation der Klinikverwaltungen an den Standorten Viersen und Mönchengladbach wurden die bisher vom LVR- Servicebetrieb Viersen wahrgenommenen Aufgaben wieder von den Kliniken übernommen. Das Personal des Servicebetriebes wurde gleichzeitig übergeleitet.

Dies wurde dem Ministerium für Inneres und Kommunales angezeigt. Die Aufsichtsbehörde hat mit Erlass vom 20.12.2010 keine gemeindefinanzwirtschaftlichen Bedenken erhoben und die Anzeige bestätigt.

Die Verschmelzung des LVR-Servicebetriebes mit der LVR-Klinik Viersen wird bilanziell lediglich zu Verschiebungen innerhalb des bereits ausgegliederten Sondervermögens führen. Für die LVR-Bilanz stellt sie nur einen Aktivtausch dar, mit dem keine ergebniswirksamen Effekte verbunden sein werden.

2.2.6.2 Produktgruppe 061 - Maßregelvollzug

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	104.760.000	112.190.591	7.430.591	107,1%
ordentliche Aufwendungen	103.901.038	112.471.980	8.570.942	108,2%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	+858.962	-281.390	-1.140.351	-32,8%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	+858.962	-281.390	-1.140.351	-32,8%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Transfer	800.000 €	4.642.411 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die höheren Transferaufwendungen waren aufgrund Budgetübertragungen aus 2009 und höheren Personalaufwendungen aufgrund deutlich höherer Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen erforderlich.

2.2.7 Produktbereich 10 – Bauen und Wohnen

2.2.7.1 Produktgruppe 029 – „LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	115.000	137.313	+22.313	119,4%
ordentliche Aufwendungen	4.527.673	4.985.668	+457.994	110,1%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-4.412.673	-4.848.355	-435.682	109,9%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-4.412.673	-4.848.355	-435.682	109,9%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	110.622 €	189.221 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel		77.090 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Obwohl Mindererträge bei den Restaurierungsleistungen zu verzeichnen sind, kommt es aufgrund ungeplanter und höherer Erträge im Saldo zu geringen Mehrerträgen.

Mehraufwendungen beim Sachaufwand sind beim GFG-Mittel-geförderten Projekt „Fremde Impulse“ in Höhe von rund 100.000 € entstanden, die aus der Inanspruchnahme der übertragenen Budgetermächtigung aus 2009 stammen.

Das Projekt „Erfassung Sakralbauten nach 1945“ wurde zum Teil (30.000 €) durch Restmittel aus 2009 finanziert, zum Planungszeitpunkt für 2010 war jedoch noch nicht bekannt, dass weitere Landesmittel in Höhe von 37.500 € zur Verfügung gestellt werden. Die zweckgebundenen Mehrerträge führten zu korrespondierenden Aufwendungen. Insgesamt standen dem Projekt somit 67.500 € in 2010 zur Verfügung.

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 029.02 und 029.03:

Anzahl der Restaurierungen/ Proberestaurierungen sowie Anzahl der Restaurierungen gegen Entgelt: Abweichung -65 %

Der Rückgang der Restaurierungen ist durch Schwerpunktsetzung in Richtung Beratung und Begutachtung einerseits sowie drastischen Auftragsrückgang aufgrund der finanziellen Entwicklung bei den potentiellen Auftraggebern andererseits entstanden.

Anzahl der gefertigten Fotos in Stück: Abweichung +326 %

Durch verstärkten Einsatz digitaler Fotografie ist die Bildbe- und verarbeitung effizienter geworden (weniger Zeitaufwand pro Foto). Die Dokumentationen von Denkmalobjekten sind umfangreicher ausgefallen. Die Abweichung ist ebenfalls durch personelle Verstärkung im Bereich der Bildbearbeitung sowie einer zu niedrigen Planung begründet.

Anzahl der Veröffentlichungen in internen und externen Medien: Abweichung +79%

Durch Umstellung auf den digitalen Pressespiegel des LVR und Erweiterung des Suchwortangebotes hat sich die Zahl der erfassten Meldungen erhöht.

Anzahl der gefertigten Pläne und Zeichnungen: Abweichung +162 %

Die Steigerungen lagen an umfangreicheren Dokumentationen von Denkmalobjekten, effizienterer Aufgabenerledigung durch technische Ausstattung und zu niedrigen Planungen.

Anzahl der Vorträge und Veranstaltungen: Abweichung +55 %

Begleitend zum Projekt „Fremde Impulse“ wurden zusätzliche Veranstaltungen und Termine durchgeführt, die in der Planungsphase noch nicht absehbar waren.

2.2.7.2 Produktgruppe 031 – „LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland“

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010	Ist	Vergleich	
	DH0 €	2010 €	(Ist ./ . Ansatz) €	%
ordentliche Erträge	1.647.206	2.457.778	+810.572	149,2%
ordentliche Aufwendungen	9.301.363	9.590.579	+289.217	103,1%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-7.654.157	-7.132.801	+521.356	93,2%
Finanzerträge	0	0	0	--
Finanzaufwendungen	0	0	0	--
Finanzergebnis	0	0	0	--
ordentliches Jahresergebnis	-7.654.157	-7.132.801	+521.356	93,2%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	Aufwand	Auszahlung
Sachmittel	119.759 €	267.609 €
Transfer	1.987 €	70.637 €

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2010 nach 2011:

	Aufwand	Auszahlung
Personal	112.004 €	112.004 €
Sachmittel	108.129 €	249.004 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Die Aufgaben wurden überwiegend auf Grundlage des Denkmalschutzgesetzes NRW erfüllt und der LVR erhielt in diesem Zusammenhang **Denkmalförderungsmittel** vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Mehrerträge (254.828 €) in diesem Bereich waren zweckgebunden für die unterschiedlichen Projekte und führten zu Mehraufwendungen, die zu 100 % durch die vorgenannten Erträge gedeckt sind. Verschiedene Projekte wurden in 2010 begonnen, die Abwicklung erfolgt erst im Laufe des Jahres 2011, deshalb wurde ein Budgetrest gebildet (33.658 € Sachmittel).

Desweiteren wurden Mittel aus der **Stiftung** zur Förderung der Archäologie im rheinischen Braunkohlenrevier zur Verfügung gestellt. Die Mehraufwendungen in Höhe von rund 100.000 € (+80 %) gegenüber der Planung sind durch entsprechende Mehrerträge gedeckt.

Im Rahmen der sogenannten „**Verursacherggrabungen**“, müssen die Aufwendungen in voller Höhe durch den „Verursacher“ gedeckt werden. Den Mehrerträgen in Höhe von 414.500 € standen Mehraufwendungen in Höhe von rund 280.000 € gegenüber und sind deshalb vollständig refinanziert. Die verbliebenen zweckgebundenen Mittel mussten als Budgetrest nach 2011 übertragen werden.

Produkt orientierte Erläuterungen

Produkt 031.02 – Beraten/Betreuen/Begutachten

Anzahl der Stellungnahmen und Gutachten

Durch besonderen Einsatz bei der Beteiligung Träger öffentlicher Belange konnte die Planung von 2.500 um 1.471 übertroffen werden.

Anzahl Fortbildungen

Es wurden 19 Fortbildungen (Gender) durchgeführt, was eine Steigerung zur Planung von 100 % darstellt.

Produkt 031.003 – Erforschen/Entwickeln/Vermitteln

Anzahl der Veranstaltungen

Durch vermehrten Einsatz des Fachamtes bei öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten konnten statt der 60 geplanten Veranstaltungen 118 durchgeführt werden.

2.2.8 Produktbereich 15 – Wirtschaft und Tourismus

2.2.8.1 Produktgruppe 073 - Beteiligungen

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DHO €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	0	137.788	+137.788	
ordentliche Aufwendungen	3.688.918	3.714.393	+25.475	100,7%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	-3.688.918	-3.576.606	+112.312	97,0%
Finanzerträge	15.330.356	18.487.780	+3.157.424	120,6%
Finanzaufwendungen	0	0	0	
Finanzergebnis	+15.330.356	+18.487.780	+3.157.424	120,6%
ordentliches Jahresergebnis	+11.641.438	+14.911.174	+3.269.736	128,1%
Außerordentliche Erträge	0	0	0	
Außerordentliche Aufwendungen	0	8.385.375	+8.385.375	
Außerordentliches Ergebnis	0	-8.385.375	-8.385.375	
Ergebnis vor ILV	+11.641.438	+6.525.800	-5.115.638	56,1%

Nachrichtlich Budgetübertragungen gem. § 22 GemHVO von 2009 nach 2010:

	<u>Aufwand</u>	<u>Auszahlung</u>
Sachmittel		389.142 €
Transfer		110.686.947 €

Erläuterung der wesentlichen Abweichungen

Auf Grund von höheren Dividenden- bzw. Gewinnausschüttungen bei der RWE AG und der Provinzial Rheinland Holding AöR konnten rund 3,2 Mio. € höhere Finanzerträge erzielt werden.

Die außerplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von rund 8,4 Mio. € sind ausschließlich der Restrukturierung der WestLB AG geschuldet. Die in Rede stehenden Umsetzungsszenarien für eine Restrukturierung der WestLB AG sind für diese mit erheblichen Risiken verbunden und machen damit unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips eine Wertberichtigung des Buchwerts beim LVR erforderlich. Diese bezieht sich neben den direkt gehaltenen Aktienanteil auch auf die dem LVR im Rahmen der Ausübung der Direktbeteiligungsoption von der NRW.BANK zugehenden Aktien.

Im Geschäftsjahr 2008 wurde zur Abdeckung des Risikoschirmes für die WestLB AG eine bilanzielle Vorsorge in Höhe von 120 Mio. € getroffen. Die Budgetübertragung für Transferauszahlungen aus 2009 von rd. 110,7 Mio. € dienen dazu, die für den Risikoschirm erforderliche Liquidität zur Verfügung zu stellen.

2.2.9 Produktbereich 16 – Allgemeine Finanzwirtschaft

2.2.9.1 PG 048 – Allgemeine Finanzwirtschaft

I. Teilergebnisrechnung	Ansatz 2010 DH0 €	Ist 2010 €	Vergleich (Ist ./ . Ansatz)	
			€	%
ordentliche Erträge	2.295.377.200	2.310.516.123	+15.138.923	100,7%
ordentliche Aufwendungen	1.104.000	1.101.399	-2.601	99,8%
Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit	2.294.273.300	2.309.414.724	+15.141.524	100,7
Finanzerträge	3.349.273	3.386.519	+37.246	101,1%
Finanzaufwendungen	25.861.199	22.487.703	-3.373.496	87,0%
Finanzergebnis	-22.511.926	-19.101.183	+3.410.743	84,8%
ordentliches Jahresergebnis	2.271.761.274	2.290.313.540	+18.552.266	100,8

Erläuterung wesentlicher Abweichungen

Der LVR hat infolge des Nachtragshaushaltes 2010 des Landes Nordrhein-Westfalen höhere Schlüsselzuweisungen (+ 13.389.926 €) vom Land erhalten. Die übrigen Mehrerträge resultieren aus der Auflösung von Pauschalwertberichtigungen (rund + 1,75 Mio. €), die aufgrund der Genauigkeit bei der Ermittlung von Einzelwertberichtigungen in der Debitorenbuchhaltung nicht erforderlich waren (höherer sonstiger ordentlicher Aufwand).

Die Finanzaufwendungen fielen um rund 3,4 Mio. € geringer aus, da auch das Jahr 2010 durch ein sehr niedriges Zinsniveau geprägt war, was sich auch bei den Zinsen für pauschale Fördermittel bemerkbar gemacht hat.

2.3 Vermögens- und Kapitalrechnung

2.3.1 Aktiva

Aktiva	31.12.2010		31.12.2009	
	€	%	€	%
1. Anlagevermögen	2.386.603.037	76,77	2.290.514.103	73,57
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	303.333	0,00	2.295.799	0,07
1.2 Sachanlagevermögen	745.337.756	23,98	739.938.913	23,77
1.3 Finanzanlagevermögen	1.640.961.948	52,79	1.548.279.391	49,73
2. Umlaufvermögen	708.055.501	22,63	805.804.287	25,88
2.1 Vorräte	806.876	0,03	519.144	0,00
2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	377.793.188	12,00	376.147.478	12,08
2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens	51.400.000	1,65	100.012.008	3,21
2.4 Liquide Mittel	278.055.437	8,95	329.125.657	10,57
3. Aktive Rechnungsabgrenzung	18.706.798	0,60	17.152.906	0,55
Bilanzsumme	3.113.365.336	100	3.113.471.296	100

Die Bilanzsumme ist zum 31.12.2010 gegenüber dem 01.01.2010 nahezu unverändert.

2.3.1.1 Anlagevermögen

Die Entwicklung der Anschaffungs- und Herstellungskosten sowie der Abschreibungen wird im Einzelnen im Anlagenspiegel dargestellt.

Der Wert des Anlagevermögens ist gegenüber dem Vorjahr um 96 Mio. € gestiegen.

Die prozentuale Erhöhung des Anlagevermögens von 73,57% auf 76,77% resultiert überwiegend aus dem höheren Finanzanlagevermögen bei den Wertpapieren des Anlagevermögens. Hier sind zum einen ein Aktivtausch mit der Bilanzposition Wertpapiere des Umlaufvermögens, sowie eine Erhöhung der Wertpapiere des Anlagevermögens der Ausgleichsabgabe zu verzeichnen.

Weitere Veränderungen im Finanzanlagevermögen sind durch Abschreibungen auf Ausleihungen an Sondervermögen bedingt.

Im Haushaltsjahr 2010 ergab sich folgende Entwicklung bei den Sachanlagen:

	Anschaffungswerte in €	Restbuchwerte in €
Stand 01.01.2010	803.674.865	739.938.913
Zugänge 2010	24.631.475	24.631.475
Zwischensumme	828.306.340	764.570.388
Abgänge 2010	1.638.273	1.638.273
Jahresabschreibung 2010		17.594.359
Kumulierte Abschreibungen	81.330.311	
Stand 31.12.2010	745.337.756	745.337.756

2.3.1.2 Umlaufvermögen

Das Vorratsvermögen ist mit 0,03% der Bilanzsumme unbedeutend.

Die Summe aller Forderungen ist im Vergleich zum Vorjahresabschluss nahezu unverändert.

Die Verringerung der Forderungen aus Transfer und die Erhöhung der Sonstigen Vermögensgegenstände sind durch die Umgliederung der Vorauszahlungen der Sozialhilfe an Einrichtungen als echte Anzahlungen / Vorschüsse bedingt.

Im Bereich der sonstigen öffentlich – rechtlichen Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren werden Erstattungsansprüche aus Versorgung gem. § 107b Beamtenversorgungsgesetz in Höhe von 39,7 Mio. € ausgewiesen.

Die Entwicklung der Forderungen wird im Einzelnen im Forderungsspiegel dargestellt.

Die Verringerung der Wertpapiere des Umlaufvermögens ist durch einen Aktivtausch mit der Bilanzposition Wertpapiere des Anlagevermögens begründet.

Die Liquiden Mittel haben sich um 51,1 Mio. € verringert.

2.3.2 Passiva

Passiva	31.12.2010		31.12.2009	
	€	%	€	%
1. Eigenkapital	751.069.178	24,16	775.834.800	24,92
2. Sonderposten	355.364.815	13,15	347.766.508	11,17
3. Rückstellungen	931.194.082	29,96	892.229.572	28,66
3.1 Pensionsrückstellungen	493.663.124	15,88	489.650.322	15,73
3.2 Instandhaltungsrückstellungen	7.666.270	0,25	8.360.500	0,27
3.3 Sonstige Rückstellungen	429.864.688	13,83	394.218.750	12,66
4. Verbindlichkeiten	1.071.098.441	32,60	1.093.118.909	35,11
5. passive Rechnungsabgrenzung	4.638.815	0,13	4.521.507	0,14
Bilanzsumme	3.113.365.336	100	3.113.471.296	100

Die Senkung der Bilanzsumme ist auf der Passivseite durch das geringere Eigenkapital und geringere Verbindlichkeiten begründet.

2.3.2.1 Eigenkapital

Das Eigenkapital hat sich von 24,92 % auf 24,16 % verringert. Maßgeblich hierfür ist der Jahresfehlbetrag in Höhe von 26,7 Mio. €.

Eigenkapital	31.12.2010	31.12.2009
	€	€
1.1 Allgemeine Rücklage	437.907.011	436.611.734
davon zweckgebundene Deckungsrücklage	14.101.129	
1.2 Sonderrücklage	204.694.168	204.694.168
1.3 Ausgleichsrücklage	135.176.536	185.350.713
1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-26.708.537	-50.821.815
Summe	751.069.178	775.834.800

Die Veränderung der allgemeinen Rücklage ist auf die Deckung des Jahresfehlbetrages 2009 in Höhe von 50.821.815,43 Mio. € zurückzuführen.

Weitere Veränderungen der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage sind zurückzuführen auf erforderliche Berichtigungen der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 gem. § 57 Abs. 2 GemHVO NRW. Diese Berichtigungen erfolgen nach den gesetzlichen Vorschriften erfolgsneutral, d.h. ohne Berührung der Ergebnisrechnung.

Es handelt sich saldiert um eine Eigenkapitalverbesserung in Höhe von 2,0 Mio. €. Davon entfällt ein Drittel auf die Ausgleichsrücklage.

2.3.2.2 Sonderposten

In der Position "Sonderposten" werden einerseits Beträge ausgewiesen, die der Landschaftsverband Rheinland für einen festgelegten Verwendungszweck (z.B. Erstellung oder Erwerb eines Anlagegutes) von Dritten erhalten hat.

Der Wert der Sonderposten für Zuwendungen hat sich bedingt durch das Konjunkturpaket II im abgelaufenen Geschäftsjahr um 5 Mio. € auf 152,3 Mio. € erhöht.

Zum anderen sind dort „Sonstige Sonderposten“ für die Ausgleichsabgabe in Höhe von 203,1 Mio. € ausgewiesen. Durch diese Systematik wird sichergestellt, dass die Ausgleichsabgabe separat und ausgeglichen dargestellt wird. Der „Sonstige Sonderposten“ stellt somit das Eigenkapital der Ausgleichsabgabe dar.

2.3.2.3 Rückstellungen

Die Rückstellungen erhöhten sich im abgelaufenen Geschäftsjahr um 38,9 Mio. € auf 931,2 Mio. €.

Veränderungen wesentlicher Rückstellungssachverhalte:

	Stand 31.12.2009	Stand 31.12.2010	Veränderung
	Mio. €		
Pensionsrückstellungen	489,6	493,7	4,1
Rückstellungen für Altersteilzeit	11,4	16,7	5,3
Rückstellungen für unterlassene Instandhaltung	8,4	7,7	-0,7
Rückstellungen für offene Vorgänge Soziales	106,5	131,4	24,9
Rückstellungen für drohende Verluste	249,8	251,6	1,8
Rückstellungen für Prozessrisiken	6,9	7,4	0,5

Wesentliche Änderungen waren bei folgenden Rückstellungsarten zu verzeichnen:

- o Rückstellungen für offene Vorgänge Soziales: + 24,9 Mio. €

Neben Zuführungen zu bestehenden Rückstellungen wurden zum 31.12.2010 auch Rückstellungen für Krankenkassenzusatzbeiträge, Fallzahlsteigerungen bei den schwerstmehrfach behinderten Leistungsberechtigten, Vorsteuerkürzung bei den Schwerstbehindertenbereichen der rheinischen Werkstätten und für individuelle Leistungen des Betreuten Wohnen gebildet.

2.3.2.4 Verbindlichkeiten

Insgesamt verringerten sich die Verbindlichkeiten um 79,7 Mio. € auf 32,6 % der Bilanzsumme.

Bei den Verbindlichkeiten konnten vor allem die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen um 36,8 Mio. € reduziert werden. Neue langfristige Darlehen wurden nur im Wege der Umschuldung auslaufender Darlehen abgeschlossen.

Darüber hinaus wurde u. a. ein Förderkredit (Darlehen der KfW-Bank) in Höhe von 765.050,- € zur energieeffizienten Sanierung der LVR-Förderschule Louis Braille in Düren neu aufgenommen.

Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung waren zum 31.12.2010 nicht zu bilanzieren, da der Terminlauf 11/2010 der Sozialhilfe, der Anfang Januar gezahlt wurde, auch erst am 3.1.2011 im Kontoauszug der WestLB gebucht wurde.

Die Entwicklung der Verbindlichkeiten wird im Einzelnen im Verbindlichkeitspiegel dargestellt.

2.4 Finanzrechnung

Darstellung und Erläuterung des Liquiditätsüberschusses bzw. der Liquiditätsunterdeckung

Der Landschaftsverband Rheinland war im Berichtszeitraum jederzeit in der Lage, seinen Zahlungsverpflichtungen rechtzeitig nach zu kommen. Hierzu wurden insgesamt eigene Mittel eingesetzt, die überwiegend auch zeitgerecht zur Verfügung standen. Zur kurzzeitigen Überbrückung von Zeiten ohne ausreichende eigene Mittel hätten aufgrund von Vereinbarungen mit den Geschäftsbanken und Sparkassen mit taggleicher Valuta Liquiditätskredite in Höhe der eingeräumten Kreditlinien abgerufen werden können. Über den Jahresverlauf stand aber jederzeit ausreichend Liquidität zur Verfügung, da die Einzahlungen aus der Landschaftsumlage an den in der Haushaltssatzung festgesetzten Hebesatz angepasst wurden und andererseits GFG Mittel zugeflossen sind.

Im Berichtszeitraum wurden keine Liquiditätskredite (2009: kumuliert 0 €) in Anspruch genommen und somit auch kein Zinsaufwand aus der Aufnahme von Liquiditätskrediten gebucht. Daher wurde ausschließlich Zinsertrag für die Anlage von Liquiditätsüberschüssen von insgesamt 2.516.725 € erwirtschaftet, was einem durchschnittlichen Anlagezinssatz von 0,71 % entspricht.

Zeitreihenvergleich der liquiden Mittel:

	Bilanz 31.12.2008	zum	Bilanz 31.12.2009	zum	Bilanz 31.12.2010	zum
Liquide Mittel	155.566.875,23		329.125.657,37		278.055.436,56	
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote		16,82		17,52		20,37

Den in der Bilanz zum Stichtag 31.12.2010 ausgewiesenen liquiden Mitteln von 278.055.436,56 € stehen in diesem Jahr keine Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung gegenüber. Des Weiteren beinhalten die liquiden Mittel auch die liquiden Mittel der Ausgleichsabgabe in Höhe von 47.679.925,53 €.

Der zum 31.12.2010 ermittelte Liquiditätsüberschuss und die Wertpapiere des Umlaufvermögens werden weiterhin auch in 2011 zur Bedienung der in 2009 eingeplanten aber noch nicht vollumfänglich abgerechneten Leistungen für die Risikoabschirmung der WestLB und für die Garantieerklärung EAA eingesetzt.

3 Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

Mit Schreiben vom 15.02.2011 hat der Landschaftsverband Rheinland von seinem Recht zur Ausübung der im Dezember 2001 zwischen den seinerzeitigen Gewährträgern der Westdeutschen Landesbank Girozentrale geschlossenen Direktbeteiligungsoption Gebrauch gemacht. Entsprechend der vertraglichen Vereinbarung wandelt der Landschaftsverband Rheinland damit seinen Anteil an der NRW.BANK in Höhe von 0,69% in direkte Anteile an der WestLB AG und scheidet zum 31.05.2011 aus dem Kreis der Gewährträger der NRW.BANK aus.

Die Ausübung der Direktbeteiligungsoption erfolgte auf Basis eines Beschlusses des Landschaftsausschusses vom 14.02.2011. Diesem lag unter anderen die Überlegung zu Grunde eine Inanspruchnahme aus einer Garantie, die das Land NRW und die Landschaftsverbände für den Beteiligungsbuchwert der NRW.BANK an der WestLB AG übernommen haben, zu vermeiden.

Für die Ausübung der Direktbeteiligungsoption wurde bereits in den Jahresabschlüssen 2009 und 2010 bilanzielle Vorsorge getroffen. Darüber hinaus sind keine weiteren bilanziellen Belastungen zu erwarten.

C. Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung des LVR

1. Grundlegendes

Im Fokus der neuen LVR-Direktorin steht eine gesamtstrategische Steuerung des LVR. Hierfür ist eine verstärkte Abstimmung und Synchronisation der unterschiedlichen Steuerungsprozesse und -instrumente im LVR erforderlich. Das Risikomanagement ist hierbei in besonderer Weise betroffen und relevant, da die Risiken (auch) Gefährdungspotentiale für die Erreichung der strategischen Ziele des Gesamtverbandes aufdecken und die in den Dezernaten ermittelten Chancen und Risiken gleichzeitig Ansatzpunkte für eine strategische Ausrichtung des Gesamtverbandes liefern können.

Auswirkungen für den Risikomanagementprozess bestehen vor allem im Bereich der Risikofrüherkennung, bei der regelhaft langfristige und existentielle Risiken beobachtet und rechtzeitig geeignete Gegensteuerungsmaßnahmen ermittelt werden. Der Fokus des Zentralen Controllings liegt anders als beim Strategischen Controlling auf den im Rahmen des Produkthaushalts jährlich und damit kurz- bis mittelfristig festgesetzten Produktzielen. Die internen Überwachungssysteme (IKS) befassen sich vorwiegend mit Risiken, die aus der Nichtbeachtung von bestehenden Vorschriften und aus Arbeitsprozessen resultieren. Hier geht es also weniger um strategische Aspekte als um – gleichwohl nicht weniger bedeutende – Verfahrensfehler im Tagesgeschäft.

Eine klarere Profilierung von Strategischem Controlling, Zentralem und Dezernats-Controlling ist für das nächste Jahr anvisiert.

Unabhängig vom gesamtstrategischen Ansatz ist maßgebliches Ziel, einen konsistenten und transparenten Risikomanagementprozess zu gewährleisten, der sowohl strukturelle wie ablaufbezogene, interne wie externe Risiken umfänglich aufdeckt, bewertet und steuerbar macht. Gleichzeitig muss der Prozess so gestaltet sein, dass auf akute Risiko- oder bereits konkrete Krisenatbestände zeitnah und effizient reagiert werden kann. Folgerichtig kommt dem Krisenmanagement beim Handling akuter Probleme oder konkret gewordener Risikostatbestände eine wichtige Rolle zu. Hier bestehen im LVR bewährte Strukturen, die in den nächsten Monaten wo nötig noch systematisiert und vereinheitlicht werden sollen.

Das im LVR verankerte Risikomanagementsystem besteht aus den drei Säulen

- 1.1 Zentrales Controlling
- 1.2 Risikofrüherkennung
- 1.3 Internes Überwachungssystem.

1.1 Controlling

Die Arbeit der Controlling-Einheiten in den LVR-Dezernaten und des Zentralen Controllings konzentrierten sich in 2010 auf folgende Schwerpunkte:

In 2010 umzusetzende Tarif- und Besoldungserhöhungen verursachten durch eine restriktive Bewirtschaftung lediglich eine minimale Überschreitung der geplanten Personalkosten.

Um die geplanten Budgets einhalten zu können, sind die engen Regelungen der Personalbewirtschaftung auch künftig zu beachten. Externe Einstellungen sind nur unter restriktiven Bedingungen möglich. Der Einsatz von Personal bei erhöhtem Bedarf ist im Rahmen der Vermittlung flexibel zu gestalten. Die Wiederbesetzungssperre ist konsequent einzuhalten. Einsparpotentiale aufgrund von Aufgabenkritik sind weiter zu prüfen.

Der LVR wird seit Ende 2010 durch die GPA geprüft. Hierzu wurde Anfang 2010 unter Beteiligung des Zentralen Controlling eine Auftaktveranstaltung mit Vertretern der LVR-Dezernate durchgeführt. Diese Veranstaltung setzte den Schlusspunkt zur seit 2008 laufenden intensiven Prüfungsvorbereitung auf Basis der GPA-Kennzahlen und des LVR-eigenen Kennzahlen-Sets.

In Dezernat 4 wurde die Pilotphase zu dem vom Zentralen Controlling 2009 initiierten Projekt zur Qualitätssicherung von Leistungen im Bereich der erzieherischen Hilfen durchgeführt. Ziel ist der Aufbau einer einheitlichen Datenbank zur Erfassung der Beratungsleistungen. In diesem Zusammenhang wurde in 2010 die Erprobung der Datenbank im Echtbetrieb getestet. Die Testphase wurde hierbei aktiv durch das Controlling begleitet.

In Zusammenarbeit mit dem LVR-Fachbereich Rechnungsprüfung wurden die von den LVR-Dezernaten im Rahmen des BSC-Prozesses erstellten Entwürfe zu den strategischen Fachbereichszielen gemäß den SMART-Anforderungen geprüft und die Ergebnisse mit den Dezernaten diskutiert.

Die Weiterentwicklung des Produkthaushaltes ist fachlich auch in 2010 ein besonderer Schwerpunkt des Controllings. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die fachliche Begleitung der LVR-Museen bei der Evaluation des Ziel- und Kennzahlenbestandes im Produkthaushalt (Stufe 1) und des qualifizierten internen Berichtwesens der Stufe 2 zu nennen. So wurden 2010 alle Museumsprodukte entsprechend der SMART-Anforderungen überprüft und erste Empfehlungen entwickelt. Die Kooperation mit Dez. 9 wird in 2011 fortgesetzt.

Die Kosten-Leistungsrechnung wurde in 2010 kontinuierlich und sehr zeitnah in der jeweiligen Folgeperiode der Periodenabschlüsse mit den Dezernaten umgesetzt.

1.2 Risikofrüherkennung

Die Risikofrüherkennung als zweiter Baustein des Risikomanagements wurde in 2010 verstetigt.

Die in den Dezernaten ermittelten Chancen und Risiken sowie die daraus resultierenden Maßnahmen wurden auf der Basis der vorformatierten Exceldatei halbjährlich durch die Stabsstelle Strategisches Controlling, Netzwerkkoordination beim LVR-Direktor abgefragt und für die Verwaltungsspitze zusammengestellt. Bei den Maßnahmen erfolgt nunmehr eine Differenzierung zwischen „geplant“ und „eingeleitet“, da die Umsetzung der als nötig und sinnvoll erachteten Maßnahmen in Verantwortung der Dezernate erfolgt.

Die aufbereiteten Rückmeldungen der Chancen- und Risikoerhebung wurden von der Stabsstelle jeweils in den zentralen Ordner Chancen und Risiken, auf den die Dezernatsleitungen sowie die in den Dezernaten für das Risikomanagement zuständigen Mitarbeiter Zugriffsrecht haben, eingestellt. Auf diese Weise werden ein großes Maß an Transparenz sowie sinnvolle Zusammenarbeit gewährleistet. Allen mit dem Risikoprozess im LVR befassten MitarbeiterInnen ist eine umfängliche und dezernatsübergreifende Information möglich.

Die Meldung der Chancen und Risiken erfolgt zwar zu einem festgelegten Berichtszeitpunkt, gleichwohl sind die Chancen und Risiken zum überwiegenden Teil perspektivisch ausgerichtet. Um zudem kurzfristig auf sich abzeichnende Risiko- oder konkret zu befürchtende Krisentatbestände reagieren zu können, tauscht sich der VV in seinen regelmäßigen Sitzungen hierzu aus und vereinbart das weitere Vorgehen und legt Zuständigkeiten fest.

1.3 Internes Überwachungssystem

Ziel des internen Überwachungssystems ist die Aufdeckung vorhandener Risiken, die aus der Nichtbeachtung von Vorschriften und fehlerbehafteten Geschäftsprozessen (Kontrolle der Geschäftsprozesse in organisatorischer, dv-technischer, persönlicher, rechtlicher Hinsicht) resultieren.

Als wesentliche Aufgabe müssen Interne Kontrollsysteme (IKS) in den Dezernaten vervollständigt und wahrgenommen werden.

Aufbauend auf die erstmals in 2007 durchgeführte LVR-weite Erhebung der internen Kontrollsysteme hat die Abt. Innenrevision im Jahr 2010 eine flächendeckende Aktualisierung der bereits gemeldeten IKS bei den LVR-Fachbereichen und Wie-Eigenbetrieben angefordert. Hierbei wurden Veränderungen und neu hinzugekommene Geschäftsprozesse aufgenommen und in einer Gesamtübersicht dokumentiert. Im Rahmen der Zusammenarbeit wurde sie auch dem LVR-Fachbereich Rechnungsprüfung zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus hat die Innenrevision die systematische Prüfung der IKS auf Existenz und Effizienz in einzelnen Dezernaten des LVR fortgesetzt. Schwerpunkt waren hierbei u.a. das Beschaffungswesen im Bereich der Klinikapotheken, die stichprobenartige Überprüfung von Nebentätigkeiten einschließlich Genehmigungs- bzw. Anzeigeverfahren sowie die Bargeldebewirtschaftung im Bereich Förderschulen. Die Abt. Innenrevision hat die Abläufe von einzelnen Geschäftsprozessen geprüft und in verschiedenen Fällen Empfehlungen ausgesprochen.

Die systematische Überprüfung der gemeldeten Internen Kontrollsysteme wird fortgeführt.

2. Risiken im LVR

Im Folgenden werden die mit Abfrage zum Stand 31.12.2010 aus den Dezernaten gemeldeten Chancen und Risiken dargestellt. Die Dezernate waren aufgefordert, sich auf Chancen und Risiken zu beschränken, die sowohl hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit als auch erwartetem Ausmaß als für den Gesamtverband steuerungsrelevant angesehen werden. Keinesfalls sind die hinsichtlich Eintrittswahrscheinlichkeit und Ausmaß „kleineren“ Chancen und Risiken irrelevant, aus Effizienzgründen obliegt deren Steuerung jedoch ausschließlich den Dezernaten selbst.

Wie schon in den früheren Jahresabschlüssen festgestellt, treten einige Risiken gleichermaßen in den Fachdezernaten wie auch in den Querschnittsdezernaten auf.

So sind von der auch in 2010 problematischen Haushaltssituation beispielsweise alle Dezernate gleichermaßen betroffen.

Auch die negativen Konsequenzen des demographischen Wandels begleiten den LVR weiter; der Mangel an qualifiziertem Nachwuchspersonal ist absehbar. Schon heute sind einige Stellen in Berufen mit Fachkräftemangel nur schwierig wieder zu besetzen. Das LVR-Dezernat Personal und Organisation nimmt sich dieser anspruchsvollen Problemstellung federführend für die Zentralverwaltung und die angeschlossenen Aussendienststellen an. Das LVR-Dezernat Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen übernimmt für die LVR-Kliniken und den HPH-Verbund die Verantwortung für die dort notwendigen personalwirtschaftlichen Maßnahmen.

Ein Mehr an Gesetzen und Aufgaben, vom Land Nordrhein-Westfalen initiiert, lassen ebenso wie die politischen Schwerpunktbildungen den Anspruch an die Mitarbeiterschaft und ihre Leistungsfähigkeit weiter wachsen. Dies führt in vielen Fachbereichen zu erheblichen Kapazitätsengpässen.

Verstärkt wird diese Tendenz durch den Umstand, dass mit den Aufgabenübertragungen der letzten Jahre nicht zwangsläufig auch eine ausreichende Kostenausstattung verbunden war bzw. ist.

Als Kommunalverband unterliegt der LVR grundsätzlich den beihilferechtlichen Vorgaben der EU und ist gemäß des gemeinsamen Runderlasses des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie sowie des Innenministeriums des Landes Nordrhein-Westfalen vom 28.11.2005 als gewährende Stelle für die Einhaltung dieser verantwortlich.

Im Rahmen einer mit externer Unterstützung durchgeführten Untersuchung wurden keine beihilferechtlichen Sachverhalte identifiziert, die einer bilanziellen Vorsorge bedürft hätten.

Um dem, sich aus der zunehmend restriktiven Entwicklung der beihilferechtlichen Rahmenbedingungen ergebenden Risikos auch zukünftig zu begegnen, befindet sich gegenwärtig ein institutionalisierter Lösungsansatz im Aufbau.

2.1. Querschnittsdezernate

2.1.1 LVR-Dezernat Personal und Organisation und LVR-Infokom

Aus dem demographischen Wandel resultiert das Risiko, nach dem altersbedingten Ausscheiden vieler Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen auch künftig eine hohe Qualität bei der Aufgabenerledigung gewährleisten zu können.

Die älter werdende Belegschaft steht vor neuen Herausforderungen – den Ansprüchen an ihre Flexibilität bei der Aufgabenerfüllung muss sie gerecht werden. Die Suche nach und Verpflichtung von qualifiziertem Nachwuchs ist ebenso notwendig wie die Sicherung des Wissens und Erfahrungsschatzes ausscheidender Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Durch die Möglichkeit von Hospitationen und Jobrotation soll bestehendes Wissen gesichert und der Wissenstransfer von erfahrenen älteren auf jüngere KollegInnen ermöglicht werden.

Der LVR wird sich noch mehr als bisher als attraktiver Arbeitgeber darstellen müssen, um insbesondere fehlende Fachkräfte anzuwerben.

Der Fokus des Dezernates ist somit auf die erfolgreiche Personalgewinnung, den Erhalt des hohen Ausbildungs- und Fortbildungsstandards und eine dynamische Organisationsentwicklung gerichtet.

Um Vorsorge für den nicht gänzlich unwahrscheinlichen Fall einer Pandemie zu treffen, wurde ein Pandemieplan für die Zentralverwaltung entwickelt. Darüber hinaus existieren weitere Pandemiepläne in den Einrichtungen des Dezernates 8 sowie in der LVR-Jugendhilfe Rheinland. Auf diese Weise soll die Funktionsfähigkeit des LVR auch im Pandemiefall sichergestellt und der Schutz der Mitarbeiterschaft gewährleistet werden.

Die meisten IT-Verfahren des LVR werden durch LVR-InfoKom derzeit in zwei Rechenzentren in Köln-Deutz (LVR-Haus und Horionhaus) betreut und auch redundant betrieben. Da die volle Redundanz heute auf die Daten begrenzt ist, kann es bei Ausfall einer der beiden Lokationen auch zu zeitweisem Systemausfall kommen. Wegen der räumlichen Nähe dieser beiden Rechenzentren zueinander und der inzwischen dort bereits weitgehend ausgeschöpften klimatechnischen Infrastruktur wird das zweite Rechenzentrum ab dem vierten Quartal 2011 nach Köln-Chorweiler verlagert. Dort wird derzeit gemeinsam mit der Stadt Köln ein neues Rechenzentrum errichtet, das den technischen und sicherheitstechnischen Anforderungen der nächsten Jahre entspricht.

In Verbindung mit der IT-Risikoabschätzung ist eine nähere Untersuchung und Festlegung der Ausfallrisiken in den Fachbereichen, den Dienststellen und den Einrichtungen des LVR erforderlich. Derzeit sind die Anforderungen der Fachbereiche (Dezernate, Dienststellen und Einrichtungen) hinsichtlich der geschäftskritischen Verfahren und deren maximale Ausfallzeit nicht transparent und noch nicht abschließend bewertet und vereinbart.

2.1.2 LVR-Dezernat Finanz- und Immobilienmanagement

Finanzmanagement

Die jährliche Umlagefestsetzung geschieht unter Beachtung des Rücksichtnahmegebotes gegenüber den Mitgliedskörperschaften bei gleichzeitiger Sicherstellung der dauerhaften Leistungsfähigkeit des LVR. Um die Mitgliedskörperschaften so wenig wie möglich zu belasten, sind kontinuierlich Einsparpotentiale zu ermitteln und kostenträchtige Entwicklungen aktiv und reflektierend zu begleiten. Die Umsetzung des strategischen Haushaltskonsolidierungskonzeptes ebenso wie die Inanspruchnahme des Eigenkapitals ermöglichten in 2010 trotz des Zusammenwirkens von Umlagesummensenkung einerseits und erheblichen Kostensteigerungen andererseits eine nur geringe und damit maßvolle Umlagesatzanpassung. Allerdings wurde selbst diese Erhöhung von den Mitgliedskommunen kritisch diskutiert, woraus ein Akzeptanzrisiko für den LVR resultiert.

Auch in Zukunft sind erhebliche Kostenzuwächse insbesondere in der Sozialhilfe aufgrund der Fallzahlentwicklungen zu erwarten. Auch anstehende Tarifabschlüsse sowie Sachkostensteigerungen können den Aufwand kritisch erhöhen.

Die Zahl der Menschen, die aufgrund einer Behinderung einen Rechtsanspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe haben, steigt jährlich. Diese Entwicklung ist durch den LVR nicht beeinflussbar. Die daraus resultierenden Kostensteigerungen belasten den Haushalt des LVR erheblich.

Ein grundsätzliches Risiko für den LVR resultiert aus seinen Gewährträgerschaften und Beteiligungen. Die Risiken aus den Gewährträgerschaften an der Provinzial Rheinland Holding und der NRW.BANK sind dabei systemimmanent und beziehen sich auf die Haftungsinstitute Gewährträgerhaftung und Anstaltslast. Darüber hinaus besteht eine Gewährträgerhaftung für bestimmte bis 2005 eingegangene Geschäfte der WestLB AG. Für die direkt gehaltenen WestLB AG Aktien besteht, ebenso wie für die übrigen Beteiligungen des LVR, ein allgemeines Beteiligungsrisiko. Für die Beteiligung an der RWE AG ergibt sich ein zusätzliches Marktpreisrisiko, dass aus der Unsicherheit über Kursveränderungen an den Finanzmärkten resultiert.

Bezüglich der Beteiligung an der NRW.BANK hat der LVR insbesondere mit dem Ziel der Risikoreduktion für die Zukunft im laufenden Jahr 2011 die strategische Entscheidung getroffen, unter Ausnutzung seines Direktbeteiligungsoptionsrechtes einen dem Wert seiner Gewährträgerschaft an der NRW.BANK entsprechenden Anteil am Grundkapital der WestLB AG zu erhalten und damit seine Beteiligung an der NRW.BANK aufzugeben. Mit Ausnutzung dieses Optionsrechtes entfällt u.a. die Verpflichtung des LVR aus der Innenausgleichsvereinbarung gegenüber dem Land Nordrhein-Westfalen in Bezug auf die seitens des Landes Nordrhein-Westfalen gegenüber der NRW.BANK abgegebene Werthaltigkeitsgarantie für deren Beteiligung an der WestLB AG. Für diese Transaktion war bereits im Jahresabschluss 2009 weitestgehend bilanzielle Vorsorge getroffen worden.

Im Berichtsjahr wurden weitere Risikopositionen und nicht-strategische Geschäftsbereiche aus der WestLB AG auf die im Jahr 2009 errichtete Erste Abwicklungsanstalt (EAA), Anstalt öffentlichen Rechts, übertragen. Mit der im Jahr 2010 erfolgten weiteren Übertragung wurde insgesamt ein Nominalvolumen abzuwickelnder Vermögensgegenstände von 77 Mrd. € bei der EAA erreicht. Der LVR ist am Stammkapital der EAA mit 0,87 % beteiligt. Diese Beteiligungsquote gilt ebenfalls hinsichtlich der Beteiligung des LVR an einer eventuellen Verlustausgleichspflicht zu Gunsten der EAA, aus der ein grundsätzliches Risiko der Inanspruchnahme entstehen kann. Diese Verlustausgleichspflicht verpflichtet die Haftungsbeteiligten, – jeweils entsprechend ihrer Beteiligungsquote – der EAA Beträge in derjenigen Höhe und zu demjenigen Zeitpunkt zur Verfügung zu stellen, wie es erforderlich ist, um sicherzustellen, dass die EAA auch nach Verwendung ihres Eigenkapitals jederzeit ihre fälligen Verbindlichkeiten erfüllen kann. Für die aus den erfolgten Übertragungen zum Auslagerungszeitpunkt erwarteten Verluste, die über das Eigenkapital der EAA hinausgehen, wurde ebenfalls bereits im Geschäftsjahr 2009 in vollem Umfang bilanzielle Vorsorge getroffen.

Vor dem Hintergrund des derzeit andauernden und in seinem Zielbild noch nicht abschließend fixierten Restrukturierungsprozesses bei der WestLB AG können derzeit weitere Belastungen des LVR aus seiner Rolle als Miteigentümer der WestLB AG nicht ausgeschlossen werden. Mit Blick hierauf hat der LVR im Berichtsjahr unter Berücksichtigung des Vorsichtsprinzips dem allgemeinen Beteiligungsrisiko an der WestLB AG Rechnung getragen und eine Wertberichtigung des Buchwertes der gehaltenen und im Zuge der Ausübung des Direktbeteiligungsoptionsrechtes zugehenden Aktien vorgenommen.

Mit Blick auf das im Jahr 2008 aus der WestLB AG auf eine Zweckgesellschaft ausgelagerte Portfolio strukturierter Wertpapiere „Phoenix“ über ursprünglich rund 23 Mrd. € hat sich der LVR in Höhe der ihm seinerzeit zurechenbaren Beteiligungsquoten an der WestLB AG an einem Risikoschirm über insgesamt 2 Mrd. € mit einer Höchstbetragsgarantie in Höhe von 120 Mio. € beteiligt. Weitere 3 Mrd. € werden für dieses Portfolio als Risikoschirm ausschließlich seitens des Landes Nordrhein-Westfalen bereit gestellt. Der LVR geht hier weiterhin von einer vollständigen Inanspruchnahme seiner Höchstbetragsgarantie, für die im Jahr 2008 vollständig bilanzielle Vorsorge getroffen wurde, aus.

Zur Beteiligung an der RWE AG ist anzumerken, dass der Aktienkurs auch 2010 rückläufig gewesen ist und damit weiter hinter dem Wert zurückbleibt, der für die NKF-Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007 beizulegen war. Neben den allgemeinen Auswirkungen der Finanzmarktkrise dürfte sich auch das von der Bundesregierung Ende September 2010 verabschiedete Energiekonzept belastend auf den Kurs ausgewirkt haben. Eine Kurserholung auf mittlerer Sicht dürfte stark abhängig vom Ausgang der gegenwärtigen Grundsatzdebatte zum Atomausstieg und der weiteren Entwicklung der Versorgungsstrukturen in Deutschland nach Fukushima sein.

Im Bereich der Krankenhausfinanzierung sind aufgrund von Brandschutzauflagen, insbesondere in den Standardbettenhäusern, sowie durch aufgestaute Investitionsbedarfe und Zielplanungsperspektiven für die Finanzplanung bis zum Jahre 2020 Aufwendungen von rd. 492 Mio. € zu erwarten. Der zu diesem Thema aufgestellte Gesamtfinanzierungsplan weist dazu Mittel der inzwischen pauschaliert gezahlten Landes-Fördermittel (Baupauschalen), des Konjunkturpakets II, der zu erwirtschaftenden Eigenmitteln der LVR-Kliniken, sowie Darlehen und Trägerinvestitionszuschüsse aus.

Durch die Umstellung der Investitionsfinanzierung des Landes NRW, weg von der Einzelmaßnahmenförderung hin zur Baupauschale, hat das Land die Weichenstellung gelegt, dass der LVR neben den für die Trägerinvestitionszuschüsse erforderlichen Krediten, weitere Investitionskredite auch für die KHG-geförderten Bereiche zum Bau der Gebäude aufnehmen muss. Dies führt zur Aufnahme neuer Darlehen und damit ggf. kurzfristig zu einem Anstieg der LVR-Schuldenlast. Der begonnene Entschuldungsprozess des LVR wird sich hierdurch zeitlich verlängern. Zudem werden die mit den Kreditaufnahmen verbundenen Zinsaufwendungen das Ergebnis belasten.

Gebäude- und Liegenschaftsmanagement

Die vor allem aus Kostengründen längerfristig zurück gestellten Instandhaltungsmaßnahmen haben eine kontinuierliche Substanzverschlechterung sowie einen großen Instandhaltungstau bei den Liegenschaften der Außendienststellen erzeugt, was wiederum zu einer Wertminderung und einer nun sehr hohen notwendigen Instandhaltungsquote geführt hat. Gleichzeitig mussten die Rückstellungen für Instandhaltungen aufgrund der sich verschlechternden Haushaltssituation reduziert werden, was im Hinblick auf die Gebäudestruktur zu einem erheblichen Bilanzrisiko führen kann. Die Bauprojekte, für die Rückstellungen gebildet werden konnten, werden sukzessive abgearbeitet. Gleichzeitig wird der genaue Bedarf zur Instandhaltung, zur energetischen Erneuerung sowie zur Modernisierung ermittelt.

Das Gebäude- und Liegenschaftsmanagement ist als Querschnittsfachbereich abhängig von den strategischen Planungen der Fachdezernate. Änderungen der Entwicklungs- und Zielplanungen der Kliniken ebenso wie der wenig beeinflussbaren Schulentwicklungsplanung, z.B. durch einen möglichen Schüleranstieg, betreffen nachgelagert das GLM.

2.2 Fachdezernate

2.2.1 LVR-Dezernat Jugend

Das Dezernat ist mit mehreren sensiblen und politisch bedeutsamen Themenstellungen befasst: Dies sind neben der ausdrücklich gewünschten Inklusion von Kindern mit Behinderung der Ausbau der sog. U3-Betreuung sowie die Revision von Kibiz. All diese

Themen weisen seitens des LVR kaum beeinflussbare, zumal gesetzlich vorgegebene Schnittstellen sowohl zum Land als auch zu den Standortkommunen auf.

Hiermit verbunden sind ein hoher Termindruck sowie ein erhebliches Aufgabenwachstum, das mit weiteren Kosten- sowie Kapazitätsrisiken verbunden ist. Mit dem Ausbau der Kleinkinderbetreuung ist eine hohe Steigerung sowohl der nötigen Prüfungen als auch der Förderfälle verbunden. Der Umsteuerung von Integration zu Inklusion liegt eine konzeptionelle Neuausrichtung zugrunde. Beide Themenfelder U3-Betreuung und Inklusion stellen eine große Herausforderung für das Landesjugendamt Rheinland dar und erfordern den Einsatz zusätzlicher Personalkapazitäten für diese Themenbereiche. Eine Geschäftsprozessanalyse durch Dez. 1 ist noch nicht abgeschlossen, wird aber den konkreten Personalbedarf dokumentieren.

Im Landesjugendhilfeausschuss wurde beschlossen, die „Modellhafte Förderung des Landschaftsverbandes von unter dreijährigen Kindern mit Behinderung in Tageseinrichtungen für Kinder“ bis zum Jahre 2013 weiterzuführen. Aufgrund der jährlichen Steigerungsraten der Vorjahre geht die Verwaltung davon aus, dass ab 1.8.2011 mit einer Zahl von etwa 220 geförderten Kindern unter drei Jahren zu rechnen ist. Entsprechend dieser Steigerungsrate für das Kita-Jahr 2011/ 2012 soll für das Kita-Jahr 2012/ 2013 hinsichtlich der Förderung verfahren werden. Sollten darüber hinaus Plätze im Modell bewilligungsfähig von den Trägern beantragt werden, gilt keine Begrenzung nach oben.

Der Ausbau der Bildungs- Erziehungs- und Betreuungssituation für Kinder mit Behinderung stellt demnach auch in finanzieller Hinsicht eine Herausforderung für das Landesjugendamt Rheinland dar. Deutlich wird daher schon jetzt, dass es finanzieller Anstrengungen, ggfls. aus dem Gesamthaushalt des LVR bedarf, um das Modellprojekt Ausbau der inklusiven Erziehung in Tageseinrichtungen für Kinder umzusetzen.

Ebenso wurde beschlossen, die Einzelintegration für derzeit 300 Kinder mit Behinderung weiterzuführen und bei Bedarf auch mehr Plätze zu fördern.

Hinsichtlich beider Maßnahmen hat das Landesjugendamt Rheinland, die Einrichtungen, Träger und Jugendämter informiert und beraten.

Steigende Personalkosten bei einer sinkenden kommunalen Finanzkraft stellen auch die Jugendhilfe Rheinland vor große Herausforderungen. Wirtschaftliche Auskömmlichkeit und hochwertige pädagogische Arbeit sind dabei zu harmonisieren. Notwendig sind u.a. eine Überprüfung langjährig nur pauschal erhöhter Entgelte und die Neuverhandlung aktueller Kostenstrukturen. Zugleich soll die Einwerbung von Spenden und Fördermitteln zur Gestaltung innovativer Projekte und besonderer Investitionen aktiv vorangetrieben werden. Eine Kostenentlastung verspricht man sich zudem vom Ausbau ambulanter Angebote wie auch von der Entwicklung neuer Konzepte für anfragestarke Bedarfe.

2.2.2 LVR-Dezernat Schule

Als Träger zahlreicher Förderschulen ist der LVR durch die UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderung und deren Ratifizierung durch die Bundesregierung unmittelbar betroffen. Hierauf haben sowohl LVR-Politik durch die Einrichtung einer Kommission Inklusion als auch die LVR-Verwaltung frühzeitig durch die Einrichtung eines Kompetenzteams und entsprechender Stabsstellen in den tangierten Dezernaten reagiert. Da das Land allerdings nach wie vor noch keine gesetzgeberischen Maßnahmen z.B. im Schulbereich ergriffen hat, sind die Rahmenbedingungen für den Umsetzungsprozess noch nicht greifbar. Dieser Umstand erschwert konkrete Umsetzungsinitiativen seitens des LVR.

Da auch die Wahlfreiheit der Eltern maßgeblich für die schulische Inklusionsdynamik sein wird und die Schülerzahlen in den LVR-Förderschulen zumindest leicht weitersteigen,

muss der LVR auch in Zukunft seiner Verantwortung als Förderschulträger nachkommen und eine angemessene sachliche und personelle Ausstattung sicherstellen. Dennoch ist der Prozess der schulischen Inklusion vom LVR aktiv anzugehen.

Es bleibt abzuwarten, ob sich durch die mittlerweile beschlossene Aussetzung des Zivildienstes der Personalmangel durch Interessentinnen und Interessenten für den neuen „Freiwilligendienst“ ausgleichen lässt. Um in enger Abstimmung mit dem LVR-Dezernat Personal und Organisation bei Bedarf schnelle Lösungen bei Personalengpässen zu schaffen, wird ein Pflegepool (= sog. Zahlungsmöglichkeiten) eingerichtet.

2.2.3 LVR-Dezernat Soziales und Integration

Die Leistungen der Produktgruppe 17 bilden in finanzieller Hinsicht den gewichtigsten Haushaltsbereich des LVR.

Die Steigerung der Zahl leistungsberechtigter Personen hält aufgrund der demographischen Entwicklung insbesondere bei den Leistungen der Eingliederungshilfe zum Wohnen weiter an. Das Vorliegen des individuellen Rechtsanspruchs auf Eingliederungshilfen wird seitens der LVR-Mitarbeiter durch Begutachtungen und auf der Basis von Hilfeplanverfahren intensiv geprüft und das Maß der Leistungen auf das Erforderliche begrenzt. Die Steigerung der Fallzahlen einerseits und die durch Tarifsteigerungen bedingten Kostensteigerungen andererseits führen für den LVR zu einem kontinuierlich wachsenden Mehraufwand. Der LVR versucht in den Entgeltverhandlungen mit den Werkstätten für behinderte Menschen die Verantwortung aller Beteiligten einzufordern und gemeinsam kostengünstigere Leistungs- und Entgeltstrukturen zu entwickeln.

Mit der zum 1.6.2009 in Kraft getretenen Ausführungsverordnung zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch (AV-SGB XII NRW) haben die Landschaftsverbände weiterhin – vorerst befristet bis zum 30.06.2013 - die Zuständigkeit für ambulante und stationäre Wohnhilfen. Dies nutzen die Landschaftsverbände, um die Umsteuerung "ambulant vor stationär" und den bedarfsgerechten Ausbau ambulanter Wohnhilfen fortzusetzen. Allerdings zeichnet sich zunehmend ab, dass die Planungen der Träger von Wohneinrichtungen zum weiteren Platzabbau deutlich unter den Erwartungen liegen. Die Rahmenzielvereinbarung Wohnen II sieht einen Abbau weiterer 500 stationärer Plätze vor, zudem sollen pro Jahr 650 Menschen mit Behinderung der Wechsel von einer stationären Wohneinrichtung in eine ambulant betreute Wohnform ermöglicht werden. Zwar erfolgen kontinuierlich Gespräche mit den Trägern von Wohneinrichtungen und Verhandlungen zur fachlichen Weiterentwicklung der Leistungen. Es ist jedoch nicht absehbar, inwieweit diese Maßnahmen und die Fortführung des Anreizprogrammes ausreichen, diese vereinbarten Ziele zu erreichen.

Gemäß der o.g. Ausführungsverordnung ist der LVR nun auch für die Fälle der ambulanten Komplexförderung sachlich zuständig. Hiermit sind erhebliche Mehrkosten in einer Größenordnung von jährlich ca. 16 Mio. € verbunden, die im Rahmen der Haushaltsprognose 2010 und Haushaltsbedarfsanmeldung 2011 beziffert und berücksichtigt wurden.

Die PG 041 stellt die Leistungen des LVR-Integrationsamtes im Rahmen der Hilfen für behinderte Menschen im Beruf dar. Die hierfür verwendeten Gelder sind die Mittel der Ausgleichsabgabe, die Arbeitgeber mit 20 und mehr Beschäftigten an das Integrationsamt zu entrichten haben, wenn sie ihre Pflicht, auf mindestens 5% der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen, nicht oder nicht in vollem Maße erfüllen.

Die Beschäftigungssituation schwerbehinderter Menschen ist in hohem Maße abhängig von der konjunkturellen Entwicklung, die Entwicklung der Einnahmen aus Mitteln der Ausgleichsabgabe ist durch das Integrationsamt nicht steuerbar.

Wie sich herausstellte, waren und sind schwerbehinderte Beschäftigte von der Wirtschaftskrise und den daraus resultierenden betrieblichen Veränderungen durch Kündigungen in besonderer Weise negativ betroffen.

Dieser negative Trend wird verstärkt durch eine nachlassende Bereitschaft von Arbeitgebern, schwerbehinderte Menschen überhaupt einzustellen. So konnte das Ziel 500 neue Arbeitsplätze zu schaffen, schon in 2009 konjunkturbedingt nicht erreicht werden. Auch das reduzierte Ziel für 2010, 300 Schwerbehinderten in geförderte Arbeit zu bringen, war nicht zu realisieren.

Das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) ist mit einer Neufassung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs im SGB XI befasst. Diese Neufassung wird voraussichtlich eine stärkere Berücksichtigung der Pflegebedarfe von Menschen mit Behinderungen zur Folge haben. Damit bedarf es aber auch einer neuen Abgrenzung der Hilfen zur Pflege und der Eingliederungshilfe und der entsprechenden Zuständigkeiten, die mit dieser Gesetzesänderung festzulegen sind. Konkrete Folgekosten sind derzeit nicht ermittelbar. Die Entwicklung wird über die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe (BAGüS) intensiv verfolgt.

Gemeinsam mit den anderen neuen Aufgabenträgern hatte der LVR eine Verfassungsbeschwerde in Bezug auf die Übernahme von Aufgabenbereichen der ehemaligen Versorgungsämter beim Verfassungsgerichtshof NRW eingereicht, da nicht alle mit der Aufgabenübertragung verbundenen Kosten erstattet worden sind. Der Verfassungsgerichtshof NRW hat die Klage mit Urteil vom 23.03.2010 zwar zurückgewiesen, gleichwohl aber das Land NRW zu einer zeitnahen Überprüfung des Belastungsausgleichs aufgefordert und die Notwendigkeit der Anpassung des Belastungsausgleiches verlangt, wenn sich herausstellt, dass die Kostenprognose des Landes NRW unzutreffend war und der Ausgleich grob unangemessen ist. Diese Evaluation ist mittlerweile abgeschlossen. Es wurde eine Anpassung der pauschalen Erstattung bis 2014 vereinbart, die eine gewisse finanzielle Entlastung auch für den LVR bedeutet. Trotzdem sind mit der Aufgabenübertragung auf den LVR für diesen auch künftig erhebliche zusätzliche Belastungen verbunden.

Das nötige Gesetzgebungsverfahren auf Landesebene wird voraussichtlich noch in der 1. Jahreshälfte 2011 durchgeführt.

2.2.4 LVR-Dezernat Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen

Der drohende Fachkräftemangel stellt ein erhebliches Risiko für die quantitative und qualitative Leistungserbringung sowohl für den HPH- als auch für den Klinikverbund dar. Der LVR reagiert mit einer Reihe von Maßnahmen zur Attraktivierung als Arbeitgeber zur Gewinnung und Bindung von qualifizierten MitarbeiterInnen; z.B. durch geeignete Personalentwicklungsmaßnahmen, durch aktives Personalmarketing sowie ab 2011 durch ein Stipendiatenprogramm für den Klinikverbund.

Die Einführung moderner Managementstrukturen im LVR-Klinikverbund (u.a. Zielvereinbarungen mit flexiblen Gehaltsbestandteilen) sollen zusätzlich die Attraktivität für medizinisches Fachpersonal erhöhen.

Für die Immobilien im LVR-Klinikverbund wurde zwischenzeitlich der Investitionsbedarf ermittelt. Das daraus abgeleitete Investitionsprogramm-Klinikverbund unterliegt zahlreichen finanziellen und zeitlichen Risiken. Um die Einhaltung von Zeitplänen sicher zu stellen und Kostensteigerungen zu vermeiden, wurde ein Kontraktmanagement zwischen den LVR-Kliniken und dem LVR-Gebäude- und Liegenschaftsmanagement sowie ein Interfraktioneller Arbeitskreis zur Begleitung des Vorhabens eingerichtet.

Die Standardisierung bei Raum- und Ausstattungsprogrammen sowie ein striktes Maßnahmencontrolling sind weitere Instrumente zur Risikoreduzierung.

Die o.g. Kostensteigerungen beim Investitionsprogramm negativ flankierend, sind unzureichende, bzw. nach wie vor ausbleibende Vermarktungsergebnisse freigewordener Geländeteile im Klinikverbund zu verzeichnen. Hier werden mit dem für die Veräußerung zuständigen Gebäude- und Liegenschaftsmanagement Gespräche zur Verbesserung der Vermarktungschancen und Generierung zeitnaher Veräußerungserlöse geführt.

Ab 2013 wird ein neues Vergütungssystem für den KHG-Bereich in der Psychiatrie zunächst budgetneutral eingeführt. Es wird in den Folgejahren eine sukzessive Anpassung des alten Vergütungsniveaus an die neuen Tagespauschalen erfolgen. Um eine Erlösstabilität durch die möglichst vollständige Erfassung und Abrechnung der Behandlungsleistungen zu erreichen, wurden zahlreiche Maßnahmen initiiert. Umfangreiche Personalentwicklungsmaßnahmen sollen die MitarbeiterInnen in den KHG-Bereichen der psychiatrischen Fachkrankenhäuser mit den Anforderungen des neuen Entgeltsystems vertraut machen. Zur Sicherstellung der vollständigen Leistungserfassung ist die Optimierung der IT-Ausstattung zu forcieren. Mit Maßnahmen der Prozessoptimierung sind die Behandlungs- und Versorgungsabläufe an die Anforderungen des neuen Entgeltsystems anzupassen. Der Aufbau eines qualitativ hochwertigen Medizincontrollings im LVR-Klinikverbund soll der im Themenkontext stehenden Optimierung der Dokumentations- und Abrechnungsprozesse dienen. Um frühzeitig über die Gesamtentwicklung des Themas informiert zu sein und zusätzlich gestaltend mitwirken zu können, engagiert sich das Gesundheitsdezernat u. a. in den entsprechenden Gremien der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der Träger psychiatrischer Krankenhäuser (BAG).

Im HPH-Verbund sind im Zusammenhang mit der Realisierung der Inklusionsgrundsätze zunehmend strukturelle und quantitative Veränderungen in den Geschäftsfeldern stationäre Angebote und BeWo zu erwarten. Zur Vermeidung daraus resultierender möglicher Einnahmeausfälle, sind umfangreiche Struktur- und Prozessoptimierungen erforderlich.

2.2.5 LVR-Dezernat Kultur und Umwelt

Aufgrund sowohl quantitativ als auch hinsichtlich der fachlichen Anforderungen weiter wachsender Aufgabenstellungen an das Dezernat ist die Bewältigung der Aufgaben in der bisherigen Qualität der Leistungserbringung stark gefährdet. Zumal dieses auch von der politischen Vertretung initiierte Aufgabenwachstum in der Umsetzung erschwert wird durch das seit Langem eingefrorene Personalkostenbudget.

Das Dezernat hat auf diese sich abzeichnende Problemlage mit dem in 2010 durchgeführten Projekt „Aufgabenoptimierung und Strukturveränderungen“ (AOS) reagiert, um eine interne Aufgabenoptimierung zu erreichen und Optimierungs- und Anpassungsbedarfe vorhandener (Personal-)Ressourcen zu ermitteln. Durch eine kritische Überprüfung der bestehenden Standards und eine interne Aufgabenklärung soll das Qualitätsprofil zudem verstetigt werden. Dem gleichen Ziel dient auch die Fortsetzung des internen Qualitätsmanagementprozesses.

Der mangelnden Personalausstattung soll zudem über das ATZ Modell, das die Einstellung z.B. von Azubis vorsieht, entgegengewirkt werden. Allerdings ist dessen Finanzierung nach wie vor nicht gesichert.

Mit erheblichem personellem Aufwand auch im Kulturdezernat wird die Netzwerkarbeit weiter stabilisiert und verstetigt. Allerdings ist im Falle einer – angesichts der anhaltend schwierigen Finanzsituation eines Großteils der Mitgliedskörperschaften – erwartbaren Erweiterung der Netzwerktätigkeit die Bereitstellung zusätzlicher Transfermittel

erforderlich. Dies gilt insbesondere für dauerhafte Netzwerkkooperationen, wie sie in den letzten Jahren politisch priorisiert wurden.

Der zunehmend zu beobachtende Wegfall des Subsidiaritätsprinzips in der Kulturarbeit der Mitgliedskörperschaften auch vor dem Hintergrund der Zunahme der Nothaushalte im Verbandsgebiet wird vom Kulturdezernat mit Besorgnis verfolgt. Aktiv sollte auf die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips hingewirkt werden und eine Förderung kooperierender Strukturen angestrebt werden durch Konzepte für gezielte Förderung mit der Möglichkeit von Schwerpunktsetzungen.

Angesichts rückläufiger Städtebaufördermittel des Landes ist auch eine inhaltliche Prioritätensetzung von Fördermaßnahmen erforderlich. Hierbei ist eine verstärkte Risikoabschätzung ebenso erforderlich wie die Überprüfung der Projekte auf Nachhaltigkeit.

Auch die im LVR praktizierte vorläufige Haushaltsführung und die erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen stellen an das Dezernat große Herausforderungen. Dies insbesondere, da eine Verlässlichkeit der Fördermaßnahmen auch künftig zwingend ist, damit der LVR als zuverlässiger und kompetenter Partner von den Mitgliedskörperschaften und den Kulturschaffenden wahrgenommen werden kann und zu seinen Förderzusagen steht.

Bei IT-Projekten des Dezernates zur Langzeitarchivierung sowie zur Digitalisierung des Kulturellen Erbes sind weiterhin permanente Kostensteigerungen zu verzeichnen. Um dieses Risiko zu steuern, erfolgt die Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes, das eine permanente Kostenüberwachung und verlässliche Angebote von LVR Infokom und externen Anbietern vorsieht.

3. Chancen für den LVR

Konsolidierungszwänge, aber auch andere Veränderungen der bestehenden Rahmenbedingungen bergen für den LVR und seine Arbeit nicht ausschließlich Risiken, sondern bieten auch einige Chancen, die es kreativ zu nutzen gilt. Dabei dürfen bestehende Standards und vermeintlich fixe Vorgaben nicht als Begründung herangezogen werden, nichts ändern zu können. Eine kritische Reflexion der bestehenden Vorgaben, aber auch lange praktizierter und ggf. eingefahrener Abläufe kann vielmehr wichtige Ansätze für Optimierungspotentiale liefern.

So können Handlungszwänge im optimalen Fall zu einer Prozessverbesserung beitragen. Voraussetzung ist allerdings, dass „frei“ gedacht werden kann. Eine Optimierung derzeit nicht mehr finanzierbarer Standards herbeizuführen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Politik und Verwaltung.

Auch die von den politischen Gremien im Rahmen der Haushaltsbudgets vollzogene Budgetierung setzt stärker auf die Kompetenz und Verantwortung der Mitarbeiter und wirkt deshalb stimulierend.

3.1 Querschnittsdezernate

Mit dem demographischen Wandel sind neben den bereits aufgezeigten Risiken auch Chancen für die Personalentwicklung und damit gute Möglichkeiten zur Profilschärfung des LVR als attraktivem Arbeitgeber nach außen und nach innen verbunden.

Traineeprogramme machen den LVR auch für junge Menschen nach dem Studium und ersten Berufserfahrungen für einen Neueinstieg attraktiv.

Seinen Beschäftigten bietet der LVR eine Vielzahl von Informations- und Unterstützungsmöglichkeiten rund um die Themen „Beruf und Familie“ und „Work-Life-Balance“ an.

Eine kontinuierliche Anpassung der Fortbildungs- und Personalentwicklungskonzeptionen an den aktuellen Bedarf der Fachbereiche verbessert die Qualität der Aufgabenerledigung.

Zum Entwicklungsziel einer „lernenden Organisation“ trägt das praktizierte Wissensmanagement bei: So engagiert sich der LVR verstärkt bei der Förderung von Hospitationen in den Mitgliedskörperschaften, im LWL und anderen Verbänden. Erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden für Beratungstätigkeiten bei internen Fortbildungsveranstaltungen angeworben. Hinzu kommt für erfahrene Führungskräfte die Möglichkeit, als Mentor/-in in den Trainee-/Führungskräftenachwuchsprogrammen aktiv zu werden. Auf diese Weise gelingt neben der Sicherung bestehenden Wissens auch dessen Multiplikation.

Die im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements angebotenen Gesundheits-, Sport- und Bewegungskurse runden das Angebot ab.

Im Hinblick auf die weitgehende Abhängigkeit aller Fachbereiche des LVR von der Informations- und Kommunikationstechnik und den damit verbundenen Risiken investierte LVR-InfoKom in den letzten Jahren permanent in die Verbesserung der Verfügbarkeit und Sicherung seiner Systeme. Dies führte dann letztlich auch zur Anmietung eines zweiten Rechenzentrums (Köln Chorweiler) in deutlicher Entfernung zum heutigen Standort. Durch die nahezu permanente Verfügbarkeit der IT-Systeme ergeben sich für den LVR jetzt und in der Zukunft weitere Entwicklungsmöglichkeiten. Auf der Basis der geschaffenen sicheren IT-Infrastruktur werden die Fachbereiche noch besser in die Lage versetzt, ihre Fachprodukte und ihre Prozesse mit neuen innovativen Projekten und breiterer IT-Infrastruktur wirtschaftlicher und effizienter zu unterstützen. Da die meisten kommunalen Datenzentralen und Dienstleister in NRW nicht über ein so hohes Sicherheits- und Verfügbarkeitsniveau verfügen, kann dies von LVR-InfoKom als

Mehrwert des LVRs mit in Kooperationen und Netzwerkaktivitäten des LVR eingebracht werden.

Durch einen permanenten Personalentwicklungsprozess trägt LVR-InfoKom außerdem dazu bei, den hohen Qualitätsstandard in der Projektentwicklung, im Betrieb und der Betreuung der IT-Anwendungen zu halten und fortzuentwickeln. Damit sind die Grundlagen für weitere innovative und effiziente Entwicklungen in den Fachbereichen geschaffen. Der bei LVR-InfoKom inzwischen etablierte Personalentwicklungsprozess steht als ein praxisnahes Beispiel interessierten Bereichen zur Verfügung.

Durch Maßnahmen zur Instandhaltungsoptimierung kann das Ziel eines langfristigen Erhalts des Sachanlagevermögens (Gebäude) ebenso unterstützt werden wie durch ein vorausschauendes Portfoliomanagement, das beispielsweise die Veräußerung erhaltungsaufwändiger Immobilien beinhaltet. Auch die Fokussierung auf Nachhaltigkeitskriterien erweist sich für die Senkung der Lebenszykluskosten eines Gebäudes insbesondere im Hinblick auf die Instandhaltungskosten als positiv und wird als Chance wahrgenommen.

3.2 Fachdezernate

Veränderungen bestehender Förderprogramme oder Fachgesetze haben nicht zwangsläufig nur negative Effekte auf den LVR; vielmehr resultieren hieraus mittelfristig auch Chancen durch eine ohnehin notwendige Neupositionierung, bzw. Neuausrichtung. Auch die freiwillige Kooperation mit nicht-öffentlichen, z.B. gemeinnützigen Institutionen trägt zur Profilschärfung des LVR bei und hilft darüber hinaus bei den Bemühungen zur Verbesserung der Lebensqualität und Teilhabe benachteiligter Menschen.

3.2.1 LVR-Dezernat Jugend

Die Kooperation mit der Auridis-Stiftung zur Bekämpfung der Kinderarmut ist ein positives Beispiel, wie der LVR zum Wohle benachteiligter Menschen Chancen ergreift, deren Lebensbedingungen zu verbessern. Über stiftungsfinanziertes Personal ist das Landesjugendamt hier seit dem Programmstart am 1.1.2011 in den Kommunen beratend und projektfinanzierend aktiv.

Gesellschaftspolitisch ist positiv zu vermerken, dass der Kinderschutz wieder stärker in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses rückt: So findet ein Ausbau und die Weiterentwicklung bestehender ambulanter Angebote und flexibler, individueller Maßnahmen für intensiv belastete Jugendliche statt. Über einen Zeitraum von 2 bis 5 Jahren soll eine sukzessive Neuausrichtung des Angebotsprofils an den tatsächlichen Bedarfen der jungen Menschen erfolgen.

Die Themenfelder investive Förderung für Kinder unter drei Jahren sowie der von der Menschenrechtskonvention initiierte Inklusionsprozess stellen fachlich und organisatorisch eine große Herausforderung für alle Träger, Jugendämter und das LVR-Landesjugendamt Rheinland dar. Es bietet sich derzeit dabei die einmalige Gelegenheit für alle Kooperationspartner innerhalb der Kommunalen Familie und den Freien Trägern der Wohlfahrtspflege, sich in der Fachlichkeit konzeptionell und von den Rahmenbedingungen her gut aufzustellen. Dies wird vom LVR-Landesjugendamt Rheinland beratend wahrgenommen. Hinsichtlich der Fortbildung macht das LVR-Landesjugendamt passgenaue und übergreifende Fortbildungsangebote. Hierbei gilt es auch die politischen Beschlüsse und Resolutionen des LJHA zu vermitteln und umzusetzen. Erst kürzlich hat der LJHA die Weiterführung des Modellprojektes Kinder mit Behinderung U3 beschlossen. Es bedarf weiterer finanzieller Anstrengungen aus dem Gesamthaushalt des LVR, um die damit verbundenen Aufgaben zu erfüllen.

3.2.2 LVR-Dezernat Schule

Die anhaltende Diskussion um die Umsetzung der UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen führt im Bund und in den Ländern zur überfälligen Reflexion des bestehenden Förderschulsystems. Dieser gesellschaftspolitische Fokus und daraus resultierende Nachjustierungen des bestehenden Systems können zu einer besseren Integration und Inklusion behinderter Kinder beitragen.

Der LVR als erfahrener und wichtiger Akteur in der Behindertenhilfe kann sich als Mit-Initiator und Unterstützer dieses Wandlungsprozesses etablieren und deutlich machen, dass seine Strukturen ihn nicht daran hindern, zum Wohl der Benachteiligten nach neuen, besseren Lösungen zu suchen. Konkret besteht ein Anreizprogramm zur Unterstützung der Integration an Regelschulen, aus dem Pilotmaßnahmen zur Integration von Schülerinnen und Schülern in allgemeinen Schulen finanziert werden. Dass dieses Pilotprogramm auf großes Interesse stößt, wird anhand der bisher fast 40 beantragten Maßnahmen deutlich.

3.2.3 LVR-Dezernat Soziales und Integration

Durch seine Vorreiterfunktion bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention kann sich der LVR als fachkompetenter Sachwalter der Menschen mit Behinderung profilieren. Das LVR-Kompetenzteam Inklusion erarbeitete unter Mitwirkung aller Dezernate bereits einen ersten Sachstandbericht zur Umsetzung der Konvention für das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS) NRW. Darüber hinaus hat sich im Fachdezernat ein Praxisteam Sozialraumentwicklung/Eingliederungshilfe gebildet, das ein Konzept zur Fachberatung Sozialraumplanung entwickelt.

Die bereits erwähnte neue Ausführungsverordnung des SGB XII NRW bietet für den LVR die Chance die Qualität seiner Steuerungskompetenzen zu kommunizieren und hierfür zu werben.

Die Landschaftsverbände haben vorläufig befristet bis zum 30.06.2013 auch künftig die Zuständigkeit für ambulante und stationäre Wohnhilfen für Menschen mit Behinderung und können somit an einer Weiterentwicklung der Leistungsangebote und -strukturen arbeiten. Damit kann der vom LVR initiierte Umsteuerungsprozess im Sinne von "ambulant vor stationär" fortgesetzt und die implementierten Steuerungsinstrumente weiter entwickelt und umgesetzt werden. Eine fachliche und organisatorische Neuausrichtung der Fachbereiche Sozialhilfe ist bereits erfolgt.

Das gemeinsame Modellprojekt „Star: Schule trifft Arbeitswelt“ mit dem Land zur Integration schwerbehinderter Jugendlicher kann zu einer Verbesserung der Berufsorientierung im Übergang Schule – Beruf sowie zu einer verstärkten Kooperation und Vernetzung der unterschiedlichen Akteure beitragen. Mit dem Programm wird das Ziel verfolgt, strukturelle Voraussetzungen zu schaffen, damit mehr Schülerinnen und Schüler mit einer Schwerbehinderung nach der Schule eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt bekommen und damit eine Alternative zur Werkstatt für behinderte Menschen haben. Neben den so ermöglichten Teilhabechancen kommt es durch die enge Zusammenarbeit zwischen dem LVR und den beteiligten Fachministerien des Landes NRW, das 50% der Förderung übernimmt, zur Verstärkung der bestehenden Netzwerke. Ähnlich positiv ist der intensive Austausch des Dezernates mit dem LWL und den LWV Hessen im Bereich IT zur Weiterentwicklung von Anlei zu bewerten. Die Vergleichbarkeit der Daten kann auf diese Weise verbessert werden, wovon alle Verbände künftig profitieren werden. Die Produktivsetzung der gemeinsamen Anlei Version ist für Anfang 2011 geplant. Die drei Verbände demonstrieren durch das damit verbundene hohe Maß an Transparenz Stärke und Kompetenz.

3.2.4 LVR-Dezernat Klinikverbund und Heilpädagogische Hilfen

Vom Fachdezernat wird die Erschließung neuer Marktsegmente durch die Entwicklung spezialisierter Angebote im LVR-Klinikverbund und in den LVR-Heilpädagogischen Hilfen als große Chance bewertet, zumal die Realisierung neuer Versorgungsformen in der psychiatrischen Behandlung ausdrücklich vom LVR gewünscht wird. Die neuen Angebote (Spezialisierung, Dezentralisierung) ermöglichen es, Potentiale für eine positive Erlösentwicklung der Kliniken zu heben. Die neue Organisationsstruktur des Dezernates und die Umsetzung des BDO-Gutachtens fördern die hierfür nötige Selbständigkeit und Eigenverantwortung der Kliniken und erleichtern unternehmerisches Handeln. Der erfolgreiche Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Klinikvorständen zeigt, dass diese Chancen von den Verantwortlichen aktiv genutzt werden und dass die generierten Erträge die Businesspläne entlasten.

Die Planungen zur Umsetzung der Integrierten Versorgung wurden durch umfängliche Bemühungen seitens des Fachdezernates trotz bestehender Zurückhaltung der Kostenträger mit nun bevorstehenden Abschlüssen von Verträgen zur Integrierten Versorgung erfolgreich realisiert.

3.2.5 LVR-Dezernat Kultur und Umwelt

Mit der Ausweitung der Aktivitäten im Netzwerk kulturelles Erbe kann der LVR einen wesentlichen Beitrag zum Erhalt kulturhistorisch wertvoller Einrichtungen im Rheinland leisten, die ohne seine Hilfe wahrscheinlich nicht fortbestehen könnten. Mit diesem Engagement wird der LVR in den betroffenen Mitgliedskommunen noch präsenter und seine Arbeit wird durch die Kulturprojekte für die Bevölkerung erlebbar und positiv besetzt; dies zeigt auch die Berichterstattung in den Medien. Auf diese Weise können auch andere Themen und Aufgaben des LVR leichter transportiert und kommuniziert werden.

Die interne Netzwerkarbeit fördert ausdrücklich gemeinsame Projekte zwischen den Außendienststellen und trägt durch die damit verbundenen Kooperationsmöglichkeiten zu fachlichen und finanzwirtschaftlichen Synergien bei.